

Postbeamtenkrankenkasse
Maybachstraße 54/56
70469 Stuttgart
Telefon: 0711 13 56-0
E-Mail: uk@pbeakk.de
www.pbeakk.de

GESCHÄFTSBERICHT

Postbeamtenkrankenkasse

2017



**„ WIR HABEN
DIE HERAUSFORDERUNGEN
DER DIGITALISIERUNG
ANGENOMMEN, UM SIE IM
SINNE UNSERER KUNDEN
BESTMÖGLICH ZU NUTZEN.“**

	2017	2016
	Mio. Euro	Mio. Euro
Beitragseinnahmen		
Beiträge	975	965
Versicherungsleistungen*		
Aufwendungen für Versicherungsfälle	923	930
Kapitalanlagen		
Bestand inkl. Ausgleichsfonds gem. § 70a Satzung	2.549	2.457
Versicherungstechnische Rückstellungen		
Alterungsrückstellung	974	978
Schadenrückstellung	142	137
Eigenkapital		
	888	784
Bilanzsumme	2.596	2.501
	Anzahl	Anzahl
Mitarbeiter (Stand: 31.12.2017)		
Angestellte	364	349
Beamte	590	617
Zugeordnete Aushilfskräfte	41	50
Auszubildende/DH-Studenten	11	18
Praktikanten	1	1

* ohne Schadenregulierungskosten; inklusive der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

**Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,**

erneut und damit bereits seit mehreren Jahren in Folge blickt die PBeaKK 2017 auf ein außergewöhnlich erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die Beitragsentwicklung in der Grundversicherung ist moderat, das Beitragsniveau weiterhin deutlich unterhalb eines vergleichbaren Versicherungsschutzes von privaten Krankenversicherungen. Die Beiträge in den Zusatzversicherungen sind stabil, die Leistungen konnten in den letzten Jahren kontinuierlich bedarfsgerecht ausgeweitet werden.

Eine große Herausforderung war die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes II zum 1. Januar 2017. Neben dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und dem neuen Begutachtungsverfahren beinhaltet dies zahlreiche weitere Leistungsausweitungen. Die geänderten gesetzlichen Anforderungen haben wir für unsere Kunden zeitgerecht umgesetzt.

Bereits vor Jahren haben wir begonnen, unternehmensweit ein Qualitätsmanagement einzuführen. Hierzu verwendet wird mit dem Common Assessment Framework (CAF) ein im öffentlichen Sektor der Europäischen Union bewährtes Qualitätsmanagementsystem. Besonders stolz sind wir auf das im August 2017 durch das European Institute of Public Administration (EIPA) verliehene CAF-Gütesiegel „Effective CAF User“. Dies belegt eindrucksvoll die positive Entwicklung der PBeaKK.

Seit nunmehr zwei Jahren ist die PBeaKK berechtigt, die Beihilfebearbeitung für Dritte zu übernehmen. Nach dem erfolgreichen Start dieser Auftragstätigkeit im Jahr 2016 konnten wir im Laufe des Jahres 2017 sowie zum 1. Januar 2018 Berufsgenossenschaften als Kunden gewinnen. Mit der erfolgreichen Übernahme der Beihilfebearbeitung hat die PBeaKK ihre Reputation als kompetenter und leistungsstarker Dienstleister weiter gestärkt.

In den kommenden Jahren liegt unser Hauptfokus auf einer weiteren konsequenten Digitalisierung der PBeaKK. Im Mittelpunkt steht dabei unser Digitalisierungsprojekt „IV-PBeaKK 4.0“. Mit dem Projekt werden das bisherige IT-Kernsystem abgelöst sowie sämtliche operativen Arbeitsprozesse neu ausgerichtet und konsequent digitalisiert. Zielsetzung ist dabei eine möglichst durchgängige maschinelle Antragsbearbeitung. Die Inbetriebnahme des neuen IT-Kernsystems ist im Laufe des Jahres 2019 geplant. Daneben werden wir 2018 eine Antrags-App einführen, mithilfe derer unsere Kunden ihre Erstattungsanträge und Belege abfotografieren und digital einreichen können.

Insgesamt präsentiert sich die PBeaKK sowohl als eine traditionsreiche Sozialeinrichtung als auch als moderner Dienstleister. Unseren Kunden bieten wir einen umfassenden und preisgünstigen Versicherungsschutz, und unsere kompetenten und engagierten Beschäftigten unterstützen unsere Kunden mit bedarfsgerechten Beratungs- und Serviceangeboten. Die hohe Kundenzufriedenheit im Rahmen unserer jährlichen Kundenbefragung belegt den Erfolg der PBeaKK und ist zugleich Ansporn für uns.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei unseren Beschäftigten. Für die Entwicklung der PBeaKK in den vergangenen Jahren zu einem modernen und kompetenten Dienstleister war das hohe Engagement und die große Bereitschaft der Beschäftigten eine wesentliche Grundvoraussetzung. Überdies danken wir den Mitgliedern des Verwaltungsrats, die die Arbeit des Vorstands und der Verwaltung aktiv und konstruktiv begleitet haben, den Postnachfolgeunternehmen und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost. Und natürlich gilt ein besonderer Dank unseren Versicherten für ihre Treue und Loyalität zu ihrer PBeaKK.



Peter Reichelt
Vorsitzender des Vorstands



Dr. Oliver Russ
Mitglied des Vorstands

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Versicherte,**

gegen Ende des Geschäftsjahres 2017, am 30. November 2017, endete die V. Amtsperiode des Verwaltungsrats. Die Bestellung der Mitglieder für die VI. Amtsperiode erfolgte durch die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost auf Vorschlag der Gewerkschaft ver.di, der Postnachfolgeunternehmen und der Bundesanstalt selbst. In drei Fällen erfolgte eine Neubesetzung. Somit konnte das Verwaltungsratsgremium mit einer hohen personellen Kontinuität die neue Amtszeit beginnen.

Das vierte volle Geschäftsjahr der V. Amtsperiode und der Start der VI. Amtsperiode des Verwaltungsrats der Postbeamtenkrankenkasse verliefen sehr erfolgreich und knüpften damit an die erfreuliche Entwicklung des Vorjahres an. Die strategischen Ziele wurden nahezu vollständig erfüllt und teilweise sogar deutlich übertroffen.

Die PBeaKK konnte auch im Geschäftsjahr 2017 ihre Politik der moderaten Beitragssteigerungen in der Grundversicherung fortsetzen. Der Beitragstrend in der Grundversicherung bleibt mit einer Steigerung um 3,66 % ab 1. Januar 2018 (2017: 3,73 %) weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Dies sowie die im Vergleich zu den Prämien in der privaten Krankenversicherung günstigen Beiträge belegen erneut die Attraktivität der PBeaKK als beihilfeergänzender Versicherer.

Das weltweit robuste konjunkturelle Wachstum und steigende Unternehmensgewinne in Verbindung mit dem unverändert extrem niedrigen Zinsniveau beflügelten die Aktienmärkte, wovon die PBeaKK im Rahmen ihres Kapitalanlagemanagements spürbar profitierte. 2017 stellte für die PBeaKK hier ein insgesamt sehr erfreuliches Jahr dar. Jedoch erschwert das historisch niedrige Zinsniveau nach wie vor die Wiederranlage von Zinstiteln.

Der in den letzten Jahren erreichte hohe Servicestandard der PBeaKK konnte im Interesse unserer Kunden weiterhin beibehalten und in Teilbereichen sogar noch ausgebaut werden. Die Verleihung des CAF-Gütesiegels belegt auf eindrucksvolle Art das Engagement der PBeaKK um eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Unternehmens.

Das im Jahr 2015 vom Verwaltungsrat freigegebene Projekt zur Ablösung der IT-Kernanwendung „IV-PBeaKK 4.0“, schreitet planmäßig voran und wird mit Inbetriebnahme 2019 die Voraussetzung für die weitere Digitalisierung der Geschäftsprozesse schaffen.

Durch die seit über 10 Jahren praktizierte unternehmerische Herangehensweise bei der Führung der Kasse realisiert die PBeaKK auch einen sehr wirtschaftlichen Mitteleinsatz in der Verwaltung, der für den öffentlichen Sektor beispielhaft sein dürfte. Die PBeaKK setzt zudem im Bereich der Prozesseffizienz und beim Einsatz modernster elektronischer Datenverarbeitung inzwischen bundesweit Maßstäbe als Krankenversicherer und Beihilfearbeiter.

Diese nachhaltig positive Entwicklung bei der PBeaKK basiert auf den mittel- und langfristigen strategischen Zielvorgaben des Verwaltungsrats und deren konsequenter Umsetzung durch unseren Vorstand, durch unsere tatkräftigen Führungskräfte und durch unsere motivierten Beschäftigten.

Wir bedanken uns im Namen des Verwaltungsrats bei den Mitgliedern des Vorstands und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem persönlichen Einsatz diese Erfolge ermöglicht haben.

Die PBeaKK nutzte auch im Geschäftsjahr 2017 die gesetzliche Möglichkeit zur Übernahme der Beihilfearbeitung für Dritte. Der Verwaltungsrat hat hierzu dem Abschluss weiterer Geschäftsbesorgungsverträge zugestimmt. Somit konnte die PBeaKK die Beihilfearbeitung für die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU), die Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI), die BG Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), die BG Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) und die BG Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) für die der Dienstordnung unterstellten Angestellten bzw. Versorgungsempfänger übernehmen. Die Einbindung dieser neuen Aufgaben in die Organisation der PBeaKK erfolgte planmäßig.

SITZUNGEN DES VERWALTUNGSRATS

Im Geschäftsjahr 2017 fanden vier ordentliche Sitzungen und die konstituierende Sitzung zur VI. Amtsperiode statt. Der Vorstand berichtete regelmäßig zu den Sitzungen des Verwaltungsrats über den Gang der Geschäfte, über wichtige Ereignisse und bedeutsame aktuelle Entwicklungen im Unternehmen.

Anstehende bedeutende Entscheidungen und mögliche Abweichungen vom geplanten Geschäftsverlauf wurden in regelmäßigen Abständen zwischen den Vorsitzenden des Verwaltungsrats und den Mitgliedern des Vorstands besprochen.

Nachfolgend berichten wir über die Inhalte der jährlichen Klausur und über die wesentlichen Beschlüsse, die in den Verwaltungsratssitzungen im Geschäftsjahr 2017 gefasst wurden.

Klausurtagung des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat führte im Januar 2017 seine jährliche Klausurtagung durch. Die Klausurtagungen des Verwaltungsrats dienen traditionell der vertieften Information des Verwaltungsrats zu Schwerpunktthemen und ermöglichen einen intensiven Meinungsaustausch innerhalb des Gremiums. Sie werden nicht als Sitzungen im Sinne des § 5 der Satzung der PBeaKK durchgeführt, sodass keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst werden können.

Die strategischen Zielvorgaben wurden unter Einbeziehung der Zielerreichung im Geschäftsjahr 2016 einer detaillierten Prüfung unterzogen. Im Ergebnis konnte der Verwaltungsrat, bei leichten Korrekturen, den bisherigen strategischen Ansatz bestätigen. Damit stellen wir sicher, dass der Prozess der nachhaltigen Weiterentwicklung der PBeaKK auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Als weitere Themen standen unter anderem die „Digitalisierung in der Versicherungswirtschaft und im Gesundheitswesen/Projekt „IV-PBeaKK 4.0“, die „Mittelfriststrategie Organisationsentwicklung/Personalstrategie“ und der „Beitragsvergleich Grundversicherung“ auf der Tagesordnung.

14./V. Sitzung des Verwaltungsrats am 22. März 2017 in Stuttgart

Bereits in seiner Klausurtagung im Januar 2017 hatte der Verwaltungsrat die Unternehmensstrategie der PBeaKK im Detail diskutiert. Nun hat der Verwaltungsrat die Strategie für die nächsten Jahre beschlossen und dabei im Wesentlichen die bisherigen strategischen Kennzahlen bestätigt.

In der Sitzung im ersten Quartal stand turnusgemäß der Beschluss über die „Strategische Asset Allocation“ und Risikobereitschaft für die Kapitalanlagen für das laufende Geschäftsjahr an. Die PBeaKK sah sich im Bereich der Kapitalanlagen nach wie vor mit der anhaltenden Niedrigzinsphase und damit einem schwierigen Marktumfeld bei festverzinslichen Wertpapieren konfrontiert. Der Verwaltungsrat führte die „Strategische Asset Allocation“ des Vorjahres inhaltlich im Wesentlichen weiter.

Der Verwaltungsrat hat durch Beschluss seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, dem Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen zur Übernahme der Bearbeitung der Beihilfe für Berufsgenossenschaften zuzustimmen. Im Zuge dessen hat der Verwaltungsrat nun dem Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) über die Beihilfebearbeitung für die der Dienstordnung unterstellten Angestellten zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat in dieser Sitzung mit dem Beschluss der 93. Änderung der Satzung die materiellen Änderungen der 7. Änderungsverordnung zur BBhV in das Satzungsrecht der PBeaKK im Kapitel Grundversicherung und in den Leistungsordnungen übernommen.

15./V. Sitzung des Verwaltungsrats am 28. Juni 2017 in Stuttgart

In dieser Sitzung wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 festgestellt. Der Vorstand konnte entlastet werden.

Die Mittelfristprognosen des Vorstands zum Versicherungsgeschäft und zu den Verwaltungskosten inklusive Personalbestandsentwicklung für die Geschäftsjahre 2018-2021 wurden intensiv diskutiert.

Der Verwaltungsrat hat dem Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) über die Beihilfebearbeitung für die der Dienstordnung unterstellten Angestellten zugestimmt.

Nachdem in der vom Verwaltungsrat einberufenen Arbeitsgruppe die Tarife ISH-Stufe und AKEV gemeinsam mit dem Vorstand und einem Vertreter der Rechtsaufsicht überprüft worden waren, hat der Verwaltungsrat in dieser Sitzung einen Grundsatzbeschluss zur Leistungsausweitung der ISH-Stufe und zu Änderungen in der Auslands-Krankenergänzungsversicherung gefasst.

16./V. Sitzung des Verwaltungsrats am 12. September 2017 in Stuttgart

Der Verwaltungsrat hat in dieser Sitzung die vorläufigen Beitragsgutachten für die Grundversicherung und für die Zusatzversicherung/AKEV beraten.

Der Verwaltungsrat hat dem Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen mit der BG Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), der BG Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) und der BG Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) zur Beihilfebearbeitung für die der Dienstordnung unterstellten Angestellten und für die Personen, die auf Grundlage dieser Dienstordnung von der Berufsgenossenschaft Versorgungsbezüge erhalten, zugestimmt.

Die vom Verwaltungsrat in dieser Sitzung beschlossene 94. Satzungsänderung basiert auf dem Grundsatzbeschluss des Verwaltungsrats aus der 15./V. Sitzung am 28. Juni 2017 für die ISH-Stufe und die Auslands-Krankenergänzungsversicherung. Mit den beschlossenen Änderungen ergibt sich eine Leistungsausweitung bei den Implantaten für Zahnersatz, Sehhilfen und Hörgeräten in der ISH-Stufe. In der Auslands-Krankenergänzungsversicherung wurde die Familienversiche-

rung zugunsten einer Beitragsfreistellung für Kinder, Voll- und Halbwaisen abgeschafft und gleichzeitig der Versicherungsschutz von acht Wochen auf ein Jahr ausgeweitet. Der bisherige Sofortabschluss konnte dadurch entfallen. Darüber hinaus wurde die Auslands-Krankenergänzungsversicherung entsprechend ihrem Charakter einer Zusatzversicherung in die Systematik als weitere Stufe in der Zusatzversicherung im III. Kapitel der Satzung integriert. Als Folge wurde die bisherige Auslands-Krankenergänzungsversicherung (AKEV) in „Stufe der Auslandsreisekrankenversicherung (AKV-Stufe)“ umbenannt. Durch die vom Verwaltungsrat in dieser Sitzung beschlossene 94. Satzungsänderung wurde zudem die Regelung in § 37 Absatz 6 der Satzung gestrichen, wodurch die Pflicht zur Vorlage der Wahlleistungsvereinbarung für Versicherungsleistungen entfällt.

Als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 wurde erneut die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG bestellt. Als Prüfungsschwerpunkt des Verwaltungsrats wurde die Prüfung des Projekts „IV-PBeaKK 4.0“ festgelegt.

17./V. Sitzung des Verwaltungsrats am 14. November 2017 in Stuttgart

Auch 2017 standen in der November-Sitzung die Festsetzung der Beiträge in der Grundversicherung auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens sowie die Festlegung des Verwaltungskostenbudgets und des Wirtschaftsplans (inklusive Stellenplan der PBeaKK) für das Folgejahr auf der Tagesordnung.

Turnusgemäß wurden in dieser Sitzung die Aktuariere für die Erstellung der versicherungsmathematischen Gutachten in der Grund- und Zusatzversicherung für 2018 bestellt.

Die vom Verwaltungsrat in dieser Sitzung beschlossene 95. Satzungsänderung beinhaltete redaktionelle Anpassungen sowie sprachliche Klarstellungen, außerdem wurden nicht mehr praxisrelevante Regelungen gestrichen. Mit dem Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 können ab 1. Oktober 2017 Lebenspartner auf Antrag ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln. Gleichzeitig wurde aufgrund des Zeitablaufs eine rückwirkende Mitversicherung von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern vor dem Stichtag 13. September 2011 entbehrlich. Des Weiteren erfolgte eine sprachliche Anpassung an die gesetzlichen

Normen der Verfahren in Familiensachen. Die Entscheidungen der Familiengerichte ergehen nicht mehr durch Urteil, sondern durch Beschluss, sodass ausschließlich die Rechtskraft des Scheidungsausspruchs maßgeblich ist. Ferner wurde die bisherige Regelung der Beiträge in Sonderfällen auf weitere Sachverhalte erweitert, bei denen dem Mitglied ein Anspruch auf freie Heilfürsorge zusteht. In diesen Fällen werden zwei Drittel des jeweiligen Beitrags erhoben. Die bisherige Regelung zur Erhebung eines Vier-Drittel-Beitrags ist mangels Praxisrelevanz weggefallen. Ebenfalls entfiel mangels Praxisrelevanz die Regelung zur Erhebung eines Beitragszuschlags bei nicht vollzeitbeschäftigten Angestellten mit einem tarifvertraglichen Beihilfeanspruch. Mit der 95. Satzungsänderung wurde zudem eine Überarbeitung der Satzung dahingehend vorgenommen, dass die bisher enthaltenen Verweisungen auf die BBhV und deren Anlagen weitestgehend vermieden werden. Ziel war ein weiterer Schritt zur Verständlichkeit der Satzungsregelungen für die Versicherten. Eine Überarbeitung erfolgte bei den Regelungen im Bereich der Hilfsmittel, Geräte zur Selbstbehandlung und Selbstkontrolle, Körperersatzstücke (§ 35) und im Bereich der Früherkennungsuntersuchungen, Vorsorgemaßnahmen und Schutzimpfungen (§ 45).

Konstituierende und 1./VI. Sitzung des Verwaltungsrats am 5. Dezember 2017 in Siegburg

Die V. Amtsperiode des Verwaltungsrats begann am 1. Dezember 2013 und endete am 30. November 2017. In diesen vier Jahren wurden 16 Sitzungen des Verwaltungsrats, 4 Klausurtagungen des Verwaltungsrats, 16 Sitzungen des Vorbereitungs- und Prüfungsausschusses und 94 Sitzungen der Widerspruchsausschüsse durchgeführt. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2017 wurden die Mitglieder des Verwaltungsrats durch die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost auf Vorschlag der Gewerkschaft ver.di, der Postnachfolgeunternehmen und der Bundesanstalt selbst für eine weitere vierjährige Amtszeit bestellt.

In der Sitzung am 5. Dezember 2017 trat der Verwaltungsrat für die VI. Amtsperiode erstmals zusammen und führte seine internen Wahlen für den Vorsitz, für die Schriftführung und für die Besetzung der Ausschüsse durch. Die bisherigen alternierenden Vorsitzenden, Herr Eisenhardt für die Gruppe der Mitgliedervertreter und Herr Mauerer für die Gruppe Unternehmen/Verwaltung, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Herr Hermes, Präsident der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Herr Welslau, Leiter Human Resources Management bei der Deutschen Telekom AG, Herr Wortmann, Zentralbereichsleiter Industrial Relations/Civil Servants bei der Deutschen Post AG, und Frau Willnecker von der ver.di Bundesverwaltung nutzten die Gelegenheit für ein Grußwort an den neu bestellten Verwaltungsrat.

Genehmigungsbedürftige Beschlüsse

Die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse zur Änderung der Satzung, zur Feststellung des Jahresabschlusses 2016, zur Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016, zur Feststellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2018 und zum Abschluss der Geschäftsbesorgungsverträge mit der BG BAU, der BG RCI, der BGW, der BG ETEM und der BGN bedürfen der Genehmigung durch die BAnst PT in deren Funktion als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.

Alle erforderlichen Genehmigungen wurden erteilt.

Nachdem die Genehmigung zur Feststellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2017 nur unter Auflagen erteilt wurde und die Bundesanstalt hierzu weitere aufsichtsrechtliche Verpflichtungen verfügt hatte, hat die PBeaKK am 20. Oktober 2017 nach Erhalt der Widerspruchsbescheide Klagen beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht. Ein Urteil in der Hauptsache liegt bislang nicht vor.

VORBEREITUNGS- UND PRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats trat im Jahr 2017 viermal zusammen. Der Ausschuss bereitete die Vorlagen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats vor und sprach hierzu Beschlussempfehlungen an den Verwaltungsrat aus.

Der Ausschuss hat darüber hinaus turnusgemäß die Prüfungen im Sinne des § 107 Absatz 3 Aktiengesetz durchgeführt. Der Ausschuss hat hierzu im Jahr 2017 die Wirksamkeit des Compliance-Managementsystems, des internen Kontrollsystems, des internen Risikomanagementsystems und des internen Revisionsystems sowie den Rechnungslegungsprozess, die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers geprüft. Die Ausschussvorsitzenden haben dem Verwaltungsrat jeweils berichtet. Dieser erhob keine Einwände gegen die Prüfungsergebnisse des Ausschusses.

WIDERSPRUCHSAUSSCHÜSSE

Im Geschäftsjahr 2017 haben die drei Widerspruchsausschüsse insgesamt 24 Sitzungen durchgeführt und dabei 2.470 Widerspruchsbescheide erlassen.

Die im Januar 2017 durchgeführte eintägige Klausurtagung wurde zum Erfahrungsaustausch zwischen den Ausschussmitgliedern und zu deren Fortbildung genutzt.

Auf Grundlage entsprechender Beschlüsse des Verwaltungsrats aus dem Jahr 2016 konnte eine Optimierung des Prozesses der Aufbereitung der Widerspruchsvorgänge für die Ausschüsse umgesetzt werden. Im Verlauf des Jahres 2017 konnte dadurch die Zeit bis zur Entscheidung über die Widersprüche im Durchschnitt halbiert werden.

QUALIFIZIERUNGSMASSNAHMEN/ INFORMATIONSVANSTALTUNGEN

Die Mitglieder des Verwaltungsrats nahmen die für ihre Aufgabe erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr.

Zudem konnte der Verwaltungsrat anlässlich seiner Klausurtagung in Frankfurt am Main bei einem Besuch der dortigen Geschäftsstelle einen Einblick in das Thema Pflegeversicherung gewinnen.

PERSONALIA

Verwaltungsrat

Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 wurde Herr Heßling als Vertreter der Deutschen Post AG von der BAnst PT als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

Die Vertreterin der Deutschen Telekom AG im Verwaltungsrat der PBeaKK, Frau Fischer, wurde von der BAnst PT mit Ablauf des 28. Februar 2017 als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats wegen ihres Eintritts in den Ruhestand abberufen. Als Nachfolger wurde Herr Ostermann als Vertreter der Deutschen Telekom AG von der BAnst PT mit Wirkung vom 1. März 2017 als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

Im Zuge der Bestellung des neuen Verwaltungsrats sind bei dessen Besetzung mit Wirkung vom 1. Dezember 2017 drei Änderungen eingetreten. Für Frau Jäger wurde von der BAnst PT Herr von Hopffgarten als Vertreter der Deutschen Post AG als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats bestellt. Für Frau Leuschner und Frau Weber wurden von der BAnst PT Frau Anhorn und Frau Krey als Vertreterinnen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrats bestellt.

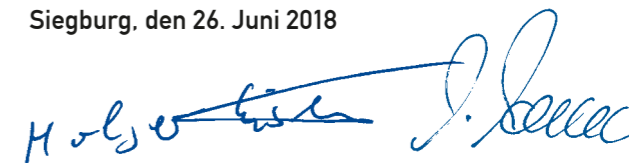
Der Verwaltungsrat bedankt sich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern für die engagierte Mitarbeit im Verwaltungsrat der PBeaKK.

JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2017 ist vom bestellten Wirtschaftsprüfer, der BDO AG, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahresabschluss unter Berücksichtigung des Prüfungsberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht in die Berichte des Abschlussprüfers und die Jahresabschlussunterlagen auf Empfehlung des Prüfungsausschusses sowie nach eingehender Diskussion zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den am 2. Mai 2018 vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht, haben wir heute festgestellt. Der Vorstand wird entlastet.

Siegburg, den 26. Juni 2018



Holger Eisenhardt
Vorsitzender des
Verwaltungsrats

Andreas Mauerer
Stellv. Vorsitzender
des Verwaltungsrats

ORGANE UND EINRICHTUNGEN	17
LAGEBERICHT	21
2.1 Aktuelles Unternehmensgeschehen	24
2.2 Aufgaben der PBeaKK	33
2.3 Beiträge, Kapitalanlagen, Leistungen und Verwaltungsaufwand	34
2.4 Jahresabschluss und Überschussbewertung	36
2.5 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2018	37
2.6 Risikoberichterstattung	39
JAHRESABSCHLUSS	45
3.1 Bilanz zum 31. Dezember 2017	46
3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017	48
3.3 Anhang	66
3.3.1 Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden	66
3.3.2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	72
3.3.3 Sonstige Angaben	83
▪ Personalbestand	83
▪ Gesamthonorar für Abschlussprüfer	84
▪ Übersicht über die Mitgliedergruppen	84
▪ Mitgliederstatistik	85
3.4 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	87
ANSCHRIFTEN	88

ORGANE UND EINRICHTUNGEN

ORGANE UND EINRICHTUNGEN

VERWALTUNGSRAT

Unternehmens-/Verwaltungsvertreter

Mauerer, Andreas
Deutsche Telekom AG
Vorsitzender (bis 30.11.2017)
Stellvertretender Vorsitzender (seit 01.12.2017)

Fischer, Susanne
Deutsche Telekom AG
(Mitglied bis 28.02.2017)

Heßling, Frank
Deutsche Post AG
(Mitglied seit 01.01.2017)

von Hopffgarten, Christian
Deutsche Post AG
(Mitglied seit 01.12.2017)

Jäger, Isabel
Deutsche Post AG
(Mitglied bis 30.11.2017)

Kruck-Paulussen, Thomas
Deutsche Post AG
Stellvertretender Schriftführer (bis 30.11.2017)

Nitsche, Ursula
Deutsche Postbank AG
Schriftführerin (seit 01.12.2017)

Ostermann, Martin
Deutsche Telekom AG
(Mitglied seit 01.03.2017)

Victor, Klaus
Bundesanstalt für Post und Telekommunikation DBP

Zendt, Marcus
Deutsche Telekom AG

Mitgliedervertreter

Eisenhardt, Holger
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2017)
Vorsitzender (seit 01.12.2017)

Anhorn, Sandra
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Stellvertretende Schriftführerin (seit 01.12.2017)
(Mitglied seit 01.12.2017)

Feustel, Robert
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Glissmann, Horst
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Held, Thomas
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Krey, Susanne
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
(Mitglied seit 01.12.2017)

Leuschner, Ursula
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Schriftführerin (bis 30.11.2017)
(Mitglied bis 30.11.2017)

Rekate, Ernst-August
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Scharnagl, Angelika
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Weber, Annemarie
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
(Mitglied bis 30.11.2017)

VORBEREITUNGS- UND PRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Unternehmens-/Verwaltungsvertreter

Kruck-Paulussen, Thomas
Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2017)
Vorsitzender (seit 01.12.2017)

Fischer, Susanne
Schriftführerin (bis 28.02.2017)
(Mitglied im Ausschuss bis 28.02.2017)

Heßling, Frank
(Mitglied im Ausschuss seit 01.02.2017)

Ostermann, Martin
Schriftführer (von 17.05.2017 bis 30.11.2017)
Stellvertretender Schriftführer (seit 01.12.2017)
(Mitglied im Ausschuss seit 22.03.2017)

Mitgliedervertreter

Scharnagl, Angelika
Vorsitzende (bis 30.11.2017)
Stellvertretende Vorsitzende (seit 01.12.2017)

Glissmann, Horst

Rekate, Ernst-August
Stellvertretender Schriftführer (bis 30.11.2017)
Schriftführer (seit 01.12.2017)

WIDERSPRUCHSAUSSCHÜSSE

Ausschuss I

Unternehmens-/Verwaltungsvertreter

Hassenfratz, Alfred
Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2017)
Vorsitzender (seit 01.12.2017)

Mitgliedervertreter

Eicher, Gisela
Vorsitzende (bis 30.11.2017)
(im Ausschuss bis 30.11.2017)

Leuschner, Ursula
Stellvertretende Vorsitzende (seit 01.12.2017)
(im Ausschuss seit 01.12.2017)

Ausschuss II

Unternehmens-/Verwaltungsvertreter

Telkamp, Mechthild
Stellvertretende Vorsitzende (bis 30.11.2017)
Vorsitzende (seit 01.12.2017)

Mitgliedervertreter

Fischer, Walter
Vorsitzender (bis 28.02.2017)
(im Ausschuss bis 28.02.2017)

Weber, Annemarie
Vorsitzende (von 01.04.2017 bis 30.11.2017)
Stellvertretende Vorsitzende (seit 01.12.2017)
(im Ausschuss seit 01.04.2017)

VORSTAND

Ausschuss III

Unternehmens-/Verwaltungsvertreter

Wagner, Lydia

Stellvertretende Vorsitzende (bis 30.11.2017)
Vorsitzende (seit 01.12.2017)

Mitgliedervertreter

Maier, Linus

Vorsitzender (bis 30.11.2017)
Stellvertretender Vorsitzender (seit 01.12.2017)

Reichelt, Peter

Verwaltungsdiplomhaber (VWA)

Hauptverwaltung PBeaKK, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Russ, Oliver

Diplom-Kaufmann

Hauptverwaltung PBeaKK, Stuttgart
Mitglied des Vorstands

SITZUNGEN DER ORGANE

Der Verwaltungsrat sowie der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss führten jeweils vier Sitzungen, die Widerspruchsausschüsse führten 24 Sitzungen und der Vorstand führte acht Sitzungen durch.

In der Grundversicherung wurden die Beiträge zum Jahresanfang 2017 um moderate 3,73 Prozent erhöht. Damit bleibt die Beitragshöhe in der Grundversicherung weiterhin deutlich unterhalb derer vergleichbarer Beihilfeergänzungsversicherungen von privaten Versicherungsunternehmen. Gleichzeitig konnten die Beiträge in der Zusatzversicherung zum Jahresanfang 2017 stabil gehalten werden.

Zum 1. Januar 2017 trat das Pflegestärkungsgesetz II in Kraft. Herzstück ist die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des neuen Begutachtungsverfahrens, mit dem die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt wurden. Auf dieser Grundlage erhalten alle Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung, unabhängig davon, ob sie von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen betroffen sind. Daneben beinhaltet das Pflegestärkungsgesetz II zahlreiche weitere Leistungsausweitungen. Die Gesetzesänderung stellte daher für die gesamte Versicherungsbranche eine große organisatorische und technische Herausforderung dar. Die PBeaKK hat die geänderten gesetzlichen Anforderungen im Sinne ihrer Kunden zeitgerecht umgesetzt.

Die Zufriedenheit der Kunden mit der PBeaKK wird durch die Kundenbefragung 2017 erneut bestätigt. Die Kundenzufriedenheit erreicht 2017 auf einer Schulnotenskala wie auch in den Vorjahren eine hervorragende Note von 2,3. Die zentralen Bereiche Durchlaufzeit Leistungsanträge, telefonische Erreichbarkeit, Preis-Leistungsverhältnis und Kundenservice werden hierfür bewertet. Untermuert werden die Ergebnisse durch die erreichten Zielwerte der telefonischen Erreichbarkeit, die im Jahresschnitt über 80 Prozent lag. Auch die Durchlaufzeit in der Leistungsantragsbearbeitung hat den Jahreszielwert deutlich übertroffen.

Darüber hinaus arbeitet die PBeaKK seit mehreren Jahren intensiv an der Etablierung eines unternehmensweiten Qualitätsmanagements. Hierfür nutzt sie das Common Assessment Framework (CAF), das als Qualitätsmanagementsystem des öffentlichen Sektors der EU konzipiert wurde. Die Verleihung des CAF-Gütesiegels „Effective CAF User“ im Mai 2017 durch das European Institute of Public Administration (EIPA) bestätigt, dass die PBeaKK auch in diesem Bereich sehr erfolgreich arbeitet, und belegt eindrucksvoll die positive Entwicklung der PBeaKK im Bereich Qualität.

Ein großer Fokus der PBeaKK liegt auf einer konsequenten Digitalisierung. Das Anfang 2016 gestartete Digitalisierungsprojekt „IV-PBeaKK 4.0“ wurde 2017 planmäßig fortgeführt. Durch das Projekt wird das bisherige IT-Kernsystem abgelöst und gleichzeitig werden die Arbeitsabläufe neu aufgesetzt und konsequent digitalisiert. In das Projekt sind neben den betroffenen Fachabteilungen und dem IT-Center auch die zukünftigen Endanwender intensiv eingebunden. Durch projektbegleitende Tests wird eine kontinuierliche Qualitätssicherung im Projekt gewährleistet. Insgesamt läuft das Projekt bisher sehr erfolgreich. Die Inbetriebnahme des neuen IT-Kernsystems ist im Laufe des Jahres 2019 geplant.

Die PBeaKK ist nunmehr seit zwei Jahren berechtigt, die Beihilfebearbeitung für Dritte zu übernehmen. Nach dem erfolgreichen Start dieser Auftragstätigkeit 2016 konnten auch im Laufe des Jahres 2017 sowie zum 1. Januar 2018 weitere Kunden aus dem Bereich der Berufsgenossenschaften gewonnen werden. Sämtliche Übernahmen verliefen operativ sehr reibungslos und haben das Image der PBeaKK als kompetenter Dienstleister gestärkt.

Im Geschäftsjahr 2017 konnten die Kapitalanlagen der PBeaKK deutlich an Wert gewinnen. Das weltweit robuste konjunkturelle Wachstum sowie steigende Unternehmensgewinne in Verbindung mit dem unverändert extrem niedrigen Zinsniveau führten zu einem deutlichen Anstieg der Aktienmärkte und anderer risikobehafteter Anlageklassen. Gleichzeitig verharrte das langfristige Zinsniveau im EUR-Raum auf historischen Tiefstwerten. Daher ist die PBeaKK zu einem signifikanten Anteil des Anlageportfolios weiterhin in Aktien investiert. Zudem wurde 2017 das Engagement in auf USD lautende Anleihen erhöht, um an dem höheren Zinsniveau außerhalb der EUR-Zone zu partizipieren.

Die Strategie der PBeaKK ist anhand verschiedener Kennzahlen operationalisiert, und für jede Kennzahl sind Zielwerte festgelegt. Vom Verwaltungsrat werden die Zielerreichungsgrade jedes Jahr überprüft und der Kennzahlenkatalog und die Zielwerte kontinuierlich angepasst. Im Jahr 2017 konnte die PBeaKK sich bei zahlreichen Kennzahlen weiter verbessern. Die Strategie hat sich für die Unternehmenssteuerung als ein sinnvoller Rahmen erwiesen und die Arbeit der PBeaKK klar fokussiert. Die klare Strategieformulierung hat damit maßgeblich zu den Erfolgen der letzten Jahre beigetragen. Die im Frühjahr 2018 aktualisierte Strategie erweitert die Ziele insbesondere um die Digitalisierung und das Qualitätsmanagement.

Entwicklung der Grundversicherung

Die PBeaKK hatte in der Grundversicherung zum 31. Dezember 2017 insgesamt 434.514 Versicherte (Vorjahr: 450.174 Versicherte). Diese Anzahl setzt sich zusammen aus 319.013 Mitgliedern mit 115.501 Mitversicherten. In der Grundversicherung wurden zum 1. Januar 2017 die Beiträge um moderate 3,73 Prozent (Vorjahr 3,74 Prozent) angepasst. Die Beitragsanpassung basiert auf dem Gutachten eines objektiven und weisungsfreien Aktuars.

Wie auch in den Vorjahren mussten die Beiträge 2017 nicht mit Verwaltungskosten belastet werden. Die PNU, die Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation, die Museumsstiftung Post und Telekommunikation und die Bundesrepublik Deutschland tragen diese Verwaltungskosten, soweit sie nicht höher als die Verwaltungskosten vergleichbarer effizienter PKV-Unternehmen sind. Der seit dem Jahr 2006 durchgeführte Vergleich der Verwaltungskosten der PBeaKK mit denen der PKV zeigt für das Jahr 2017 wiederum unterdurchschnittliche Verwaltungskosten der PBeaKK. Lediglich die Mitglieder, deren Verwaltungskosten nicht von einem der in § 26k BAPostG i. V. m. § 2 PBeaKK-VerwAufwVO genannten Kostenträger übernommen werden, haben einen Ausgleichzuschlag nach § 28 Satzung PBeaKK für ihre anteiligen Verwaltungskosten zu entrichten. Dies gilt für knapp 2 Prozent der insgesamt 319.013 Mitglieder.

Die PBeaKK bietet ihren Versicherten weiterhin unverändert einen Krankenversicherungsschutz zu einem sehr attraktiven Preis-Leistungsverhältnis an. Dies bestätigt der nach § 26g Abs. 3 BAPostG erforderliche jährliche Beitragsvergleich mit der PKV. Nach dem unabhängigen versicherungsmathematischen Gutachten liegt das Niveau der Lebensbeiträge anderer vergleichbarer privater Beihilfeergänzungsversicherungen der PKV-Unternehmen unverändert mit 16,7 Prozent über dem Niveau der Grundversicherung der PBeaKK.

Insgesamt ist die Grundversicherung – trotz geschlossenen Mitgliederbestands und steigender Gesundheitskosten – dauerhaft und nachhaltig ausfinanziert. Dies bestätigt der unabhängige versicherungsmathematische Gutachter.

Entwicklung der Zusatzversicherung und der AKEV

Zum 1. Januar 2017 blieben die Beiträge in der Zusatzversicherung und Auslands-Krankenergänzungsversicherung im Wesentlichen unverändert, nachdem im Vorjahr in einigen Stufen zum Teil deutliche dauerhafte Beitragssenkungen und Leistungsausweitungen durchgeführt wurden.

Änderungen ergaben sich in der Pflagegeldstufe. Im Rahmen des Pflagestärkungsgesetzes II wurde in der Pflagepflichtversicherung zum 1. Januar 2017 der Pflagebedürftigkeitsbegriff neu definiert. Die bisherigen drei Pflagestufen wurden durch fünf neue Pflagegrade ersetzt. Es kam insbesondere zu deutlichen Leistungsausweitungen bei eingeschränkten Alltagskompetenzen. In dieser neuen Definition werden nicht nur wie bislang körperliche Beeinträchtigungen berücksichtigt, sondern auch kognitive und psychische Einschränkungen. Dies machte auch eine Anpassung

der Pflagegeldstufe auf Pflagegrade notwendig. Zusätzlich erhalten die Versicherten der Pflagegeldstufe nun bei kognitiven und psychischen Einschränkungen ebenfalls ein Tagegeld. Durch die Leistungsausweitungen bei gleichzeitiger Anpassung der Rechnungsgrundlagen kam es im Durchschnitt zu einer Beitragserhöhung von ca. 7 Prozent. Den Versicherten wurde daraufhin ein einmaliges Wahlrecht zur Absenkung des Tagegeldes von 20 Euro auf 18 Euro ermöglicht. Durch die Reduzierung des Tagegeldes um 2 Euro konnten die Versicherten ihren Beitrag senken. Insgesamt nahmen diese Option rund 4.150 der rund 35.000 Versicherten wahr.

Die Satzung sieht gleichfalls vor, dass der Leistungsumfang der Pflagegeldstufe in regelmäßigen Abständen an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Hierzu wird jeweils zum 1. August eines Jahres der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Verbraucherpreisindex mit dem Verbraucherpreisindex der letzten Leistungsanpassung verglichen. Zum 1. August 2017 hatte dieser Indexwert erstmalig seit Einführung der Pflagegeldstufe die satzungsgemäße Grenze von mehr als 10 Prozent überschritten. Alle Versicherten erhielten daher zum 1. Januar 2018 die Möglichkeit, das Tagegeld entsprechend der Veränderung in Höhe von 10,38 Prozent anzupassen. Die Option sieht vor, dass die Versicherten ihr individuelles Tagegeld von 20,00 Euro auf 22,08 Euro bzw. von 18,00 Euro auf 19,87 Euro ohne eine erneute Gesundheitsprüfung erhöhen können. Über 40 Prozent der Versicherten haben dieses Angebot angenommen.

Im Bereich der ISH-Stufe und Auslands-Krankenergänzungsversicherung ergeben sich zum 1. Januar 2018 sehr kundenfreundliche Leistungsausweitungen. Bei den implantologischen Leistungen einschließlich der Auslagen und der Material- und Laborkosten erhalten Versicherte im vierten Versicherungsjahr maximal

1.800 Euro statt bisher 1.600 Euro. Die Jahreshöchstsätze in den Versicherungsjahren eins bis drei werden ebenfalls ausgeweitet. Der maßgebliche Jahreshöchstsatz für Sehhilfen beträgt ab dem zweiten Jahr 150 Euro statt wie bisher 105 Euro. Der Höchstsatz für Hörgeräte je Ohr wird von maximal 500 Euro im dritten Versicherungsjahr auf 900 Euro je Ohr erhöht. Weiter wird in diesem Zusammenhang die für den Fünfjahreszeitraum bestehende Begrenzung der Leistungen von 500 Euro auf maximal 900 Euro je Ohr ausgeweitet.

Die Auslands-Krankenergänzungsversicherung wurde zum Jahresbeginn 2018 entsprechend ihrem Charakter in die Zusatzversicherung integriert. Als Folge hieraus wurde die bisherige AKEV in Stufe der Auslandsreisekrankenversicherung (AKV-Stufe) umbenannt. In der neuen AKV-Stufe wird der bisherige Versicherungsschutz für einmalige Auslandsaufenthalte von acht Wochen auf ein Jahr ausgeweitet. Gleichzeitig wird die Familienversicherung zugunsten einer Beitragsfreistellung für Kinder, Voll- und Halbwaisen abgeschafft. Kinder, Voll- und Halbwaisen werden automatisch ohne einen Aufnahmeantrag in der AKV-Stufe mitversichert, sofern sie in der Grundversicherung oder einer Stufe der Zusatzversicherung versichert sind. Der bisherige Sofortabschluss kann dadurch entfallen. Durch diese Änderungen werden die ISH-Stufe und die AKV-Stufe noch attraktiver und kundenfreundlicher.

Versicherungsrecht

Der Schwerpunkt im Bereich Versicherungsrecht lag 2017 erneut auf einer weiteren satzungsrechtlichen Vereinfachung mit dem Ziel, noch kundenfreundlichere Regelungen zu erreichen.

Bei der Ableistung eines Freiwilligendienstes wird nunmehr eine Ruhendstellung in der Grundversicherung ermöglicht. Durch diese Regelung werden die Freiwilligendienste dem freiwilligen Wehrdienst gleichgestellt. Dadurch entfällt bei den Versicherten beim Wiederaufleben des Versicherungsschutzes eine aufwendige Neuantragstellung. Zuvor endete die Mitversicherung von Kindern bei Freiwilligendiensten, bei denen eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse eintrat.

Ebenfalls mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde die Kündigungsfrist in der Zusatzversicherung und Auslands-Krankenergänzungsversicherung an die Kündigungsfrist in der Grundversicherung angeglichen. Bei einer gleichzeitigen Beendigung entfällt nun ein vom Mitglied zusätzlich zu entrichtender Monatsbeitrag in der Zusatzversicherung bzw. Auslands-Krankenergänzungsversicherung.

In der Grundversicherung ergeben sich mit Wirkung zum 1. Januar 2018 gesetzliche Anpassungen und der Wegfall von nicht mehr praxisrelevanten Regelungen. Mit dem Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließungen für Personen gleichen Geschlechts können seit dem 1. Oktober 2017 Lebenspartner auf Antrag ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln. Des Weiteren erfolgte eine Anpassung an die gesetzlichen Normen der Verfahren in Familiensachen. Die Entscheidungen der Familiengerichte ergehen nicht mehr durch Urteil, sondern durch Beschluss, sodass ausschließlich die Rechtskraft des Scheidungsausspruchs maßgeblich ist.

Leistungsrecht

2017 wurden alle Leistungserweiterungen der Beihilfe als Leistungen der PBeaKK übernommen. Dies betraf die Bereiche der kieferorthopädischen Behandlungen, Arzneimittel, Sehhilfen und der häuslichen Krankenpflege. Des Weiteren wurde für Versicherte bei fehlender Pflegebedürftigkeit und Pflegegrad 1 die neue Leistung der Kurzzeitpflege eingeführt.

Leistungsmanagement

Die Versicherten der PBeaKK profitieren im stationären Bereich von der konsequenten Ausweitung des elektronischen Datenaustauschs mit den an dem Verfahren beteiligten Krankenhäusern und der damit verbundenen weiteren Optimierung der Genehmigungs-, Zahlungs- und Prüfungsprozesse. Die maschinell unterstützte Rechnungsprüfung erfolgt zum einen durch fachlich spezialisierte Rechnungsprüferinnen und -prüfer der PBeaKK und zum anderen durch externe Sachverständige. Durch ständige Weiterbildung der eigenen spezialisierten Rechnungsprüferinnen und -prüfer konnte die Quote der Inhouse-Prüfungen im Jahr 2017 deutlich erhöht werden. Die Kosten für die externe Sachverständigen-gesellschaft wurden durch diese Maßnahme wesentlich reduziert.

Im ambulanten Bereich stellt die umfassende und qualitativ hochwertige Rechnungsprüfung durch regelwerksbasierte Prüfsysteme sowie fachlich spezialisierte Rechnungsprüferinnen und -prüfer einen wichtigen Faktor im Leistungsmanagement dar. Im ärztlichen und zahnärztlichen Bereich sowie bei Arzneimitteln liegt der Anstieg der Leistungsausgaben deutlich unter den Vergleichswerten der Branche. Die Weiterentwicklung unserer effizienten Rechnungsprüfung ist auch Bestandteil der Sicherung eines stabilen Beitragstrends für die Versicherten der PBeaKK.

Der Ausbau der Kooperationsverträge mit Leistungserbringern und die Entwicklung bedarfsgerechter Serviceangebote im Versorgungsmanagement sind wichtige Säulen im Leistungsmanagement der PBeaKK. Hier profitieren die Versicherten der PBeaKK seit Anfang 2018 von zwei neuen kostenlosen Serviceangeboten: dem Betreuungsangebot „Seelische Gesundheit“ und dem Online-Programm „novego“. Beide dienen als unterstützende Therapiebegleitung bei leichten bis mittelschweren Depressionen.

Mit der Einführung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) zum 1. Januar 2011 wurde u. a. beabsichtigt, die Arzneimittelkosten für die Krankenkassen durch einen fairen Wettbewerb zu senken. Einige Pharmaunternehmen verweigerten in der Vergangenheit die Auszahlung der Rabatte. Auch 2017 ist es sowohl dem PKV-Verband als auch der PBeaKK gelungen, zustehende Rabatte erfolgreich gerichtlich einzuklagen. Letztlich wirkt sich auch dies positiv auf die Dämpfung der Leistungsausgaben im Bereich der Arzneimittel aus.

Pflegepflichtversicherung

Zum 1. Januar 2017 wurde mit dem Pflegestärkungsgesetz II unter anderem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Dies beinhaltet neben der Umstellung der bisherigen drei Pflegestufen auf nunmehr fünf Pflegegrade auch Leistungsausweitungen und neue Begutachtungsgrundsätze. Die Gesetzesänderung stellte daher für die gesamte Versicherungsbranche eine große organisatorische und technische Herausforderung dar. Die PBeaKK hat die Umsetzung der geänderten gesetzlichen Anforderungen im Sinne ihrer Kunden zeitgerecht durchgeführt und auch für alle bereits bestehenden Pflegefälle in gewohnt hoher Qualität die eingehenden Leistungsanträge parallel weiter bearbeitet.

Zudem gelang es der PBeaKK, die Herausforderung zu Anfang des Jahres – eine Vielzahl neuer Anträge auf Pflegeeinstufung – gut zu meistern. Im Ergebnis haben mehr Versicherte einen besseren und früheren Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Ende 2017 waren insgesamt 33.822 Versicherte der PBeaKK in einem der fünf Pflegegrade eingestuft. Dies entspricht einer Steigerung von 11 Prozent zum Vorjahr. Hiervon gehören allein 1.785 Versicherte dem neuen Pflegegrad 1 an, die nun erstmalig Leistungen der Pflegeversicherung erhalten.

Kundenservice

Die jährlich durchgeführte Kundenbefragung bestätigte auch 2017 die gute und stabile Entwicklung der PBeaKK in den Bereichen Kundenservice und Kundenzufriedenheit. Im dritten Jahr in Folge wurde ein Schulnoten-Index von 2,3 erreicht. Im Detail ergibt sich der Zufriedenheitsindex aus den Noten für den Kundenservice allgemein (2,02), die telefonische Erreichbarkeit (2,52), die Durchlaufzeit der Leistungsanträge (2,39) und das Preis-Leistungsverhältnis (2,32). Die telefonische Erreichbarkeit lag im Jahresschnitt 2017 bei annähernd 82 Prozent und übertraf damit den Jahreszielwert von 80 Prozent erneut. Die Leistungsanträge wurden durchschnittlich innerhalb von 9,4 Tagen bearbeitet. Auch dieser Wert stellt eine wiederholte Unterbietung des Zielwerts von 11,0 Tagen bei der Durchlaufzeit dar.

Der Bearbeitungsprozess bei Sterbefällen wurde dahingehend analysiert, es den Angehörigen in dieser schwierigen Lebenssituation so einfach wie möglich zu machen. Eine Prozessoptimierung wurde durchgeführt, um eine zeitliche Übereinstimmung zwischen der Information und der Bearbeitung eines Sterbefalls zu erreichen.

Qualitätsmanagement

Die PBeaKK bekennt sich zu einem umfassenden Qualitätsmanagement, was die Optimierung der Qualität in allen Bereichen und auf allen Ebenen bedeutet. Das Grundprinzip des umfassenden Qualitätsmanagements ist der kontinuierliche Verbesserungsprozess. An diesem teilzunehmen und an der Optimierung mitzuwirken, sind alle Beschäftigten eingeladen. Die Beteiligung von Führungskräften und Beschäftigten ist unter anderem in den Service- und Qualitätszirkeln vorgesehen. Diese finden regelmäßig auf Teamebene an allen Standorten der PBeaKK statt.

Im Sinne des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses findet zudem alle drei Jahre eine unternehmensweite Selbstbewertung nach Common Assessment Framework (CAF) statt. Nachdem der erste Selbstbewertungsprozess 2015 erfolgreich durchgeführt wurde, hat sich die PBeaKK im Oktober 2016 für das CAF-Gütesiegelverfahren beworben. Das Verfahren wurde im Mai 2017 durch externe Feedbackgeber, die im Auftrag des European Institute of Public Administration (EIPA) arbeiten, durchgeführt. Während des Verfahrens wurde durch die Sichtung von Unterlagen und durch Interviews die Durchführung des Selbstbewertungsprozesses, die Umsetzung erarbeiteter Maßnahmen und die Verankerung des Qualitätsmanagement-Gedankens bei der PBeaKK bewertet.

Als Ergebnis des Verfahrens hat die PBeaKK im August 2017 das Gütesiegel „Effective CAF User“ erhalten. Das Gütesiegel wurde der PBeaKK im Dezember 2017 durch Frau Beate Lohmann vom Bundesministerium des Innern feierlich überreicht. Die PBeaKK ist die erste Institution in Deutschland, die das CAF-Gütesiegel bereits nach der ersten Selbstbewertung erhalten hat.

Parallel wurde im Jahr 2017 die Umsetzung des „Aktionsplans 2015“ fortgeführt, der im CAF-Selbstbewertungsprozess 2015 erarbeitet worden war. Unter anderem wurde das interne Prozessmanagement weiterentwickelt und das Projekt zur Einführung eines neuen Mitarbeiterportals weitergeführt. Ende 2017 begannen die Vorbereitungen für die zweite CAF-Selbstbewertung, die im April 2018 durchgeführt wird. Im Februar fand hierzu das interne Bewerbungsverfahren für interessierte Beschäftigte statt.

Personal

Der kontinuierlich absinkende Versichertenbestand erforderte auch in diesem Jahr eine moderate Anpassung des Personalbestands. Diese konnte durch die natürliche Fluktuation und durch die Nutzung des Vorruhestands bei Beamtinnen und Beamten zu Beginn des Jahres 2017 sozialverträglich realisiert werden.

Die Rekrutierung von Fach- und Führungskräften stellt auch für die PBeaKK eine zunehmende Herausforderung dar. Seit 2015 wird unterstützend ein eigenständiger Karrierebereich auf der Internetseite gepflegt, dessen Aufrufaufkommen jährlich gesteigert werden konnte. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber finden neben den aktuellen Stellenangeboten dort vielfältige zusätzliche Informationen zur PBeaKK als Arbeitgeberin. Daneben wird der Talent-Pool genutzt und die Kommunikation über die sozialen Netzwerke weitergeführt.

Im Jahr 2017 sind weitere Telearbeitsplätze eingerichtet worden. Sie verteilen sich gleichmäßig auf alle Regionen und die Hauptverwaltung. Nachdem die Erfahrungen mit der Telearbeit sehr positiv sind, haben Vorstand und Gesamtpersonalrat 2017 zur Telearbeit eine eigene wegweisende Dienstvereinbarung abgeschlossen. Sie stellt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. In der Folge wurde für 2018 das Kontingent für weitere Telearbeitsplätze erhöht.

Von November 2016 bis Februar 2017 wurde mit allen Beschäftigten ein Persönliches Jahresgespräch (PJG) geführt. Daraus wurden zahlreiche fachliche und überfachliche Schulungen abgeleitet und im Lauf des Jahres umgesetzt. Auch das Qualifizierungsprogramm für die Kundenberatung wurde weitergeführt. Das 6. Führungskräfteentwicklungsprogramm wurde im Sommer 2017 erfolgreich abgeschlossen. Über das neue e-Learning-System der PBeaKK konnten Präsenzveranstaltungen bedarfsgerecht mit e-Learning-Kursen verknüpft und zahlreiche Pflichtschulungen kostengünstig umgesetzt werden. Das Angebot soll zukünftig weiter ausgebaut werden.

Im September 2017 fand die sechste Beschäftigtenbefragung bei der PBeaKK statt. Die Ergebnisse sind mit 73 (von 100) Punkten in der Zielgröße Engagement und 74 Punkten in der Arbeitszufriedenheit sehr erfreulich und nahezu unverändert im Vergleich zur letzten Befragung. Die Beteiligungsquote war mit 71,2 Prozent der Beschäftigten insgesamt sehr hoch und übertraf nochmals leicht den Vorjahreswert. Im Jahr 2017 beendeten insgesamt neun Auszubildende und DH-Studierende erfolgreich die Ausbildung bzw. das DH-Studium. Die PBeaKK hat die jungen Menschen in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Aufgrund der zu erwartenden Personalbedarfsminderungen durch das Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ im Jahr 2019/2020 wird die PBeaKK auch 2018 keine neuen Ausbildungsplätze anbieten. Für den Ausbildungsjahrgang 2019 wird erneut geprüft werden, ob Ausbildungsplätze angeboten werden können.

Die im Vorjahr festgelegten vielschichtigen Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurden 2017 erfolgreich umgesetzt. Der Erhalt der Gesundheit der Beschäftigten bleibt, insbesondere wegen des in der Flächenorganisation stetig steigenden Durchschnittsalters der Belegschaft, eine große Herausforderung für das Unternehmen.

Informationstechnologie

Die PBeaKK hat 2015 beschlossen, das zentrale IT-Kernsystem abzulösen. Dieses wurde 1996 produktiv gesetzt und birgt mittlerweile technische Risiken. Die Neuaufsetzung des Kernsystems soll die Betriebssicherheit nachhaltig garantieren und bietet darüber hinaus signifikante Chancen für die PBeaKK. Diese Chancen liegen insbesondere in einer konsequenten und durchgängigen Digitalisierung von Arbeitsabläufen sowie einer Konsolidierung der IT-Landschaft.

Durch das Anfang 2016 aufgesetzte Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ sollen das Kernsystem abgelöst und deutliche Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen erzielt werden. Bei der Neuaufsetzung wird eine Standardlösung eingesetzt, die auf die Anforderungen der PBeaKK angepasst und erweitert wird. Auf der Basis des neuen Kernsystems werden im Projekt auch die Geschäftsprozesse analysiert und optimiert. Diese technischen und organisatorischen Anpassungen und Erweiterungen erfolgen iterativ in fünf Projektphasen.

In der ersten Projektphase wurden die Grundfunktionalitäten des neuen Anwendungssystems konfiguriert. Darauf aufbauend erfolgten in der zweiten Projektphase eine Erweiterung der Systemkomponenten sowie die erfolgreiche Integration des neuen Anwendungssystems in die Systemlandschaft der PBeaKK. In der dritten Projektphase wurden der fachliche Fokus erheblich erweitert und Kernprozesse im neuen Anwendungssystem erfolgreich etabliert. Weiterhin konnte bereits die Übernahme des Bestands vom Altsystem in das neue System (Bestandsmigration) erfolgreich getestet werden. Insgesamt war die 2017 abgeschlossene dritte Projektphase die bisher umfangreichste Projektphase und ein richtungsweisender Meilenstein für den weiteren Projektfortschritt.

In den verbleibenden zwei Modulen steht die weitere Digitalisierung und Automation sowie die Umsetzung von spezifischen Anforderungen der PBeaKK im Vordergrund. Jede Phase wird durch intensive Tests der realisierten Funktionen sowie einen Migrationstest abgeschlossen. Vor der Produktivsetzung des Gesamtsystems erfolgt zusätzlich ein vollumfänglicher Abnahmetest des neuen Systems. Die verbindliche Gesamtannahme erfolgt erst, nachdem sich das neue IT-Kernsystem in der Produktion bewährt hat.

Neben Beschäftigten des IT-Centers sind vom Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ betroffene Fachabteilungen sowie zukünftige Endanwender intensiv eingebunden. Hierdurch wird eine konstruktive, abteilungsübergreifende Zusammenarbeit im Projekt gewährleistet. Zur Sicherstellung eines professionellen Projektmanagements sowie zur Früherkennung von Risiken wird das Projekt kontinuierlich extern begutachtet. Das Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ liegt bisher qualitativ, zeitlich und finanziell im Plan. Die Inbetriebnahme des neuen IT-Kernsystems ist im Laufe des Jahres 2019 geplant.

Daneben konnte Anfang 2017 termingerecht und ohne Einschränkungen des Betriebs das Projekt zum unternehmensweiten Austausch von circa 1.200 PC-Arbeitsplätzen (Thin-Clients) und Bildschirmen umgesetzt werden. Der Austausch war notwendig, da die Hardware überaltert war und die Ausfallraten zunahmen. Gleichzeitig ermöglichte dies, die Nutzerbetreuung und Geräteverwaltung spürbar effizienter und einheitlicher zu gestalten.

Nach den umfangreichen Stabilisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen in der IT der PBeaKK wurde 2017 die Erneuerung der gesamten IT-Landschaft, im Hinblick auf die Einführung des neuen IT-Kernsystems im Jahr 2019, konsequent fortgeführt. Zur konsequenten Erneuerung der Systemlandschaft wurde 2017 die zentrale Datenbank der PBeaKK (DB2) auf die aktuellste Version gehoben. Diese Maßnahme ist notwendig, um auch weiterhin ausreichend Wartung und Support vom Softwarehersteller zu erhalten. Außerdem wurde das 2016 gestartete Projekt der Software-Erneuerung (Citrix Version) der zentralen Thin-Client-Infrastruktur 2017 termingerecht abgeschlossen. Diese Maßnahme war notwendig, da die bisher eingesetzte Softwareversion der Thin-Clients im Jahr 2018 nicht mehr vom Softwarehersteller weiterentwickelt und gewartet wird.

Weiterhin wurden 2017 Projekte zur Erneuerung der Systemlandschaft gestartet, die 2018 vor der Einführung des neuen IT-Kernsystems abgeschlossen werden. Zu diesen Projekten zählen die Neuausschreibung des Betriebs des Rechenzentrums der PBeaKK, die Erneuerung der Wide Area Infrastruktur (WAN) der PBeaKK und der BAnst PT, die Erneuerung der Softwareversion des zentralen Archivs (Saperion) der PBeaKK sowie die Bereitstellung eines neuen Windows-Betriebssystems für alle Clients.

Kapitalanlagen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld war 2017 weltweit ausgesprochen freundlich und ließ die Unternehmensgewinne merklich wachsen. Das allgemeine Zinsniveau blieb gleichzeitig überaus niedrig, da die bedeutenden Notenbanken ihre weiterhin expansive Geldpolitik nur zögerlich mäßigten. Von dieser ungewöhnlichen Konstellation profitierten insbesondere Aktien und andere risikobehaftete Anlageklassen wie Non-Investment-Grade Anleihen und Immobilien.

Vor allem dank ihrer hohen Aktienquote konnte die PBeaKK an dieser freundlichen Entwicklung spürbar partizipieren. Engagements in Non-Investment-Grade Anleihen und Immobilien trugen zusätzlich zum guten Anlageergebnis bei. Nicht zuletzt wegen des weitgehenden Ausbleibens neuer geopolitischer Krisen entwickelten sich die Finanzmärkte im Berichtsjahr verglichen mit den sehr unruhigen Vorjahren darüber hinaus recht stetig, was erfreulich geringe Wertsicherungskosten mit sich brachte. 2017 stellte somit für die Kapitalanlage der PBeaKK ein insgesamt sehr erfreuliches Jahr dar.

Auf Marktwertbasis gewannen die Kapitalanlagen der PBeaKK 2017 deutlich an Wert. Der Anstieg der Marktwerte (bereinigt um Zu- und Abflüsse) betrug im Ausgleichsfonds +3,8 Prozent (Vorjahr: +2,5 Prozent) und in den übrigen Kapitalanlagen +3,2 Prozent (Vorjahr: +2,2 Prozent).

Das langfristige Zinsniveau im EUR-Raum verharrte 2017 auf historischen Tiefstwerten. Bei Bundesanleihen waren weiterhin bis in mittlere Laufzeiten hinein negative Renditen zu verzeichnen. Dies erschwerte unverändert die Wiederanlage von Zinstiteln und das Erwirtschaften des kalkulierten Rechnungszinses erheblich. Dieser Entwicklung wurde bereits 2013 mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalanlagenportfolios Rechnung getragen. 2017 wurde darüber hinaus das Engagement in auf USD lautende Anleihen weiter erhöht und so die Partizipation am höheren Zinsniveau außerhalb der EUR-Zone nochmals verstärkt. Zudem wurden Investitionen in den Direktbestand in Form von gedeckten Namenspapieren wieder aufgenommen, um die Kosten der Kapitalanlage durch Einsparung von Managementvergütungen weiter zu senken. Verbunden ist dies mit einem stringenten und konsequenten Risikomanagement.

Beihilfearbeitung für andere Stellen

Seit dem 1. Januar 2016 berechnet und zahlt die PBeaKK im Auftrag der BAnst PT die Beihilfe für die der BAnst PT zuzurechnenden beihilfeberechtigten Mitglieder. Zusätzlich bearbeitet sie auch die Beihilfe für die der BAnst PT zugeordneten Beihilfeberechtigten, die nicht bei der PBeaKK grundversichert sind (§ 26d Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 2 BAPostG).

Nach den Regelungen des BAPostG kann die PBeaKK die Beihilfearbeitung auch für andere Stellen des öffentlichen Rechts übernehmen. So haben sich die öffentlichen Stellen Bundeseisenbahnvermögen, Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation, Museumsstiftung Post und Telekommunikation und Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (bei A-Mitgliedern) für die Durchführung der Beihilfearbeitung durch die PBeaKK entschieden. Sie haben mit der PBeaKK Geschäftsbesorgungsverträge geschlossen.

2017 konnte sich die PBeaKK darüber hinaus durch die Gewinnung mehrerer Berufsgenossenschaften als Kunden im Bereich der Beihilfearbeitung weiter etablieren. Es wurden Geschäftsbesorgungsverträge mit der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse, der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie, der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe sowie der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege geschlossen. Für diese Vertragspartner bearbeitet die PBeaKK die Beihilfeprozesse für Angestellte und Versorgungsempfänger mit Beihilfeberechtigung (sogenannte Dienstordnungsangestellte und Dienstordnungsversorgungsempfänger). Der mit der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag wurde um diese Personengruppe erweitert.

Mit dem reibungslosen Verlauf dieser unterschiedlichen Migrationsprojekte 2017 und Anfang 2018 sowie einem pünktlichen und qualitativ hochwertigen Bearbeitungsstart hat die PBeaKK gezeigt, dass sie die Beihilfearbeitung für Dritte professionell umsetzen kann.

2.2 AUFGABEN DER PBeaKK

Die PBeaKK ist eine Sozialeinrichtung der früheren Deutschen Bundespost. Sie ist nach Maßgabe des § 26 Abs. 2 BAPostG seit dem 1. Januar 1995 in ihrem Bestand geschlossen und wird mit dem Ziel der Abwicklung für die BAnst PT und für die PNU durch die BAnst PT weitergeführt. Die PBeaKK bietet ihren Mitgliedern und ihren Mitversicherten einen Krankenversicherungsschutz in folgenden Versicherungsbereichen an:

- Grundversicherung
- Zusatzversicherung
 - Grundstufe
 - Aufbaustufe
 - Ergänzungsstufe
 - Krankenhaustagegeldstufe
 - Pflagegeldstufe
 - ISH-Stufe
 - AKV-Stufe
- Ergänzungsversicherung
 - EV zum Bundesversorgungsgesetz

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Rahmen des in Kraft getretenen PostPersWG berechnet und zahlt die PBeaKK seit dem 1. Januar 2016 im Auftrag der BAnst PT die Beihilfe für die der BAnst PT zuzurechnenden beihilfeberechtigten Mitglieder. Zusätzlich berechnet und zahlt sie auch für die der BAnst PT zugeordneten Beihilfeberechtigten, die nicht bei der PBeaKK grundversichert sind.

Die folgenden Dienstherren bzw. Arbeitgeber haben für die Durchführung der Beihilfearbeitung mit der PBeaKK Geschäftsbesorgungsverträge geschlossen:

- Bundeseisenbahnvermögen
- Museumsstiftung Post und Telekommunikation
- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen bei A-Mitgliedern
- Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
- Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie
- Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
- Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse
- Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Im Geschäftsjahr 2017 wurden 1.992,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.963,5 Mio. Euro) mit den Beihilfeträgern abgerechnet. Davon entfallen auf die Beihilfe im vereinigten Verfahren 1.738,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.710,5 Mio. Euro) und für Nichtversicherte 62,7 Mio. Euro (Vorjahr: 60,0 Mio. Euro). Auf die Beihilfepauschale entfallen 191,4 Mio. Euro (Vorjahr: 193,0 Mio. Euro).

Im Auftrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen führt die PBeaKK die private Pflegepflichtversicherung für ihre Versicherten durch. Die Leistungen für die private Pflegepflichtversicherung sind im Geschäftsjahr 2017 um 20,5 Mio. Euro auf 116,9 Mio. Euro (Vorjahr: 96,4 Mio. Euro) gestiegen. Im Rahmen der Beihilfearbeitung für DO-Angestellte der Berufsgenossenschaften wurden zudem 6,7 Mio. Euro an Leistungen abgerechnet.

2.3 BEITRÄGE, KAPITALANLAGEN, LEISTUNGEN UND VERWALTUNGSaufWAND

Versicherungsbeiträge

Insgesamt erhöhten sich die verdienten Beiträge im Berichtsjahr um rund 1,1 Prozent auf 975,2 Mio. Euro (Vorjahr: 964,5 Mio. Euro). In der Grundversicherung stiegen die verdienten Beiträge um rund 1,4 Prozent auf 844,1 Mio. Euro (Vorjahr: 832,7 Mio. Euro). In der Zusatzversicherung und der AKEV reduzierten sich die verdienten Beiträge von 131,8 Mio. Euro auf 131,1 Mio. Euro. Der Rückgang der verdienten Beiträge beträgt damit rund 0,5 Prozent.

Kapitalanlagen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträge aus Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) in Höhe von 64,5 Mio. Euro (Vorjahr: 64,9 Mio. Euro) beinhalten die Zinserträge aus den im Direktbestand gehaltenen Namenspapieren, Abgangsgewinne sowie Ausschüttungen aus Spezialfonds. Die Verzinsung in Anlehnung an die GDV-Formel (ohne Verwaltungsaufwendungen) beläuft sich damit für die Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) auf 3,3 Prozent (Vorjahr: 3,5 Prozent). Im Ausgleichsfonds wurden die Kapitalerträge thesauriert.

Die Kapitalanlagen der PBeaKK zu Buchwerten betragen am 31. Dezember 2017 insgesamt 2.548,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2.456,9 Mio. Euro). Darin enthalten ist der Ausgleichsfonds in Höhe von 554,4 Mio. Euro (Vorjahr: 554,4 Mio. Euro).

Die Kapitalanlagen der PBeaKK zu Marktwerten beliefen sich am 31. Dezember 2017 auf 3.053,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.929,2 Mio. Euro). Darin enthalten ist der Ausgleichsfonds in Höhe von 839,2 Mio. Euro (Vorjahr: 808,8 Mio. Euro). Die Veränderung auf Marktwertbasis (bereinigt um Zu- und Abflüsse) betrug im Berichtsjahr im Ausgleichsfonds 3,8 Prozent und in den übrigen Kapitalanlagen 3,2 Prozent.

Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen am 31. Dezember 2017 betragen 504,4 Mio. Euro (Vorjahr: 472,4 Mio. Euro), darin enthalten sind stille Reserven des Ausgleichsfonds in Höhe von 284,7 Mio. Euro (Vorjahr 254,3 Mio. Euro). Die Reservequote, das heißt stille Reserven in Bezug zu Buchwerten, beläuft sich für die gesamten Kapitalanlagen auf 19,8 Prozent (Vorjahr: 19,2 Prozent). Die Reservequote nur bezogen auf den Ausgleichsfonds beträgt 51,4 Prozent (Vorjahr: 45,9 Prozent).

Versicherungsleistungen und Veränderung der Deckungsrückstellung

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen im Berichtsjahr 923,1 Mio. Euro (Vorjahr: 930,1 Mio. Euro). Dabei entfielen rund 804,0 Mio. Euro (Vorjahr: rund 809,3 Mio. Euro) auf die Grundversicherung und rund 119,1 Mio. Euro (Vorjahr: rund 120,8 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung und die AKEV.

Die Zahlungen für Versicherungsfälle nach Abzug der einzelfallbezogenen und pauschalen Beihilfe in der Grundversicherung belaufen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt rund 917,9 Mio. Euro (Vorjahr: rund 930,3 Mio. Euro). Es entfallen dabei 799,4 Mio. Euro (Vorjahr: 810,4 Mio. Euro) auf die Grundversicherung bzw. 118,5 Mio. Euro (Vorjahr: 119,9 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung und die AKEV.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (nach Abzug der Beihilfe für die Grundversicherung) erhöhte sich im Berichtsjahr 2017 um rund 5,2 Mio. Euro. Davon entfällt auf die Grundversicherung eine Zuführung in Höhe von rund 4,5 Mio. Euro und auf die Zusatzversicherung und die AKEV eine Zuführung in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro. Die Deckungsrückstellung wird nur für die Zusatzversicherung und die AKEV gebildet. Der Verbrauch der Deckungsrückstellung betrug rund 3,4 Mio. Euro im laufenden Geschäftsjahr. Im Vorjahr betrug der Verbrauch der Deckungsrückstellung ca. 1,6 Mio. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beinhalten vor allem die Verwaltungskosten für die Zusatzversicherung und die AKEV und betragen im laufenden Geschäftsjahr 21,6 Mio. Euro (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro). Die Verwaltungskosten für die Zusatzversicherung und die AKEV werden – im Gegensatz zur Grundversicherung – nicht von den PNU getragen, sondern werden aus Zusatzversicherung und AKEV finanziert.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen Erträge und Aufwendungen umfassen im Wesentlichen den Gestellungsaufwand und die Gestellungserträge in Höhe von 81,4 Mio. Euro. Der Verwaltungsaufwand der PBeaKK wird zunächst durch die BAnst PT gestellt.

Die Verwaltungskosten, die auf die Grundversicherung entfallen, wurden gemäß den Regelungen des § 26k Abs. 1 Nr. 3 BAPostG durch die PNU getragen. Voraussetzung ist, dass die Verwaltungskosten nicht höher sind als die Verwaltungskosten vergleichbarer effizienter privater Krankenversicherungsunternehmen, was seit erstmaliger Ermittlung im Jahr 2006 der Fall ist.

Der Verwaltungsaufwand für die Durchführung der Pflegepflichtversicherung wird von der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen getragen. Der Aufwand, der auf die Zusatzversicherung und die AKEV entfällt, war gemäß § 26k Abs. 1 Nr. 4 BAPostG von den Versicherten zu tragen und wird unter „Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ ausgewiesen.

2.4 JAHRESABSCHLUSS UND ÜBERSCHUSSBEWERTUNG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Im Geschäftsjahr 2017 hat die PBeaKK einen Jahresüberschuss in Höhe von 103,1 Mio. Euro (Vorjahr: 85,6 Mio. Euro) erwirtschaftet. Der Jahresüberschuss beträgt 66,0 Mio. Euro (Vorjahr: 48,4 Mio. Euro) in der Grundversicherung. Für die Zusatzversicherung und die AKEV ergibt sich ein Jahresüberschuss von 37,1 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss 37,2 Mio. Euro). Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 2. Mai 2018 den Jahresabschluss gemäß § 75 Abs. 1 der Satzung der PBeaKK aufgestellt.

In dieser Sitzung hat der Vorstand über eine Empfehlung zur Verwendung des Jahresüberschusses gemäß § 72a der Satzung beschlossen und über eine entsprechende Beschlussvorlage für die Sitzung des Verwaltungsrats am 26. Juni 2018 entschieden. Nach Maßgabe des § 72a der Satzung soll durch den Verwaltungsrat beschlossen werden, den Überschuss der Grundversicherung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 nach Auffüllen der Betriebsmittel und der Rücklagen in Höhe von 68,7 Mio. Euro in die Gewinnrücklage einzustellen.

Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2016

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 28. Juni 2017 wurde der am 19. April 2017 vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das zum 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie Lagebericht gemäß § 75 Abs. 3 der Satzung der PBeaKK, festgestellt.

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 28. Juni 2017 wurde nach Maßgabe des § 72a der Satzung beschlossen, den Überschuss der Grundversicherung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 in Höhe von rund 48,4 Mio. Euro nach Auffüllen der Betriebsmittel (in Höhe von rund 0,9 Mio. Euro) und der Rücklagen (in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro) in die Gewinnrücklage in Höhe von rund 47,1 Mio. Euro einzustellen.

In der Zusatzversicherung und der AKEV wurde der gesamte Jahresüberschuss für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 37,2 Mio. Euro satzungskonform den Betriebsmitteln zugeführt.

2.5 AUSBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

Die PBeaKK ist aufgrund der umfangreichen Anstrengungen der vergangenen Jahre sehr gut aufgestellt für die Herausforderungen der Zukunft. Die Konzentration der Geschäftsprozesse, die umfangreiche technische Unterstützung und der hohe Automatisierungsgrad sind ein solides Fundament für ihre weitere Entwicklung. Auch in den kommenden Jahren werden der Kundenservice und die Steigerung der Prozesseffektivität weiter im Fokus stehen. Damit möchte die PBeaKK dem steigenden Betreuungs- und Beratungsbedarf der Versicherten in einem immer komplexeren Gesundheitssystem genauso gerecht werden, wie dem Kostendruck entgegenwirken.

In den kommenden Jahren liegt der Fokus weiterhin auf einer konsequenten Digitalisierung der PBeaKK. Im Mittelpunkt steht dabei das Digitalisierungsprojekt „IV-PBeaKK 4.0“. Mit dem Projekt werden das bisherige IT-Kernsystem abgelöst sowie die operativen Arbeitsabläufe neu ausgerichtet und konsequent digitalisiert. Zielsetzung ist eine möglichst hohe durchgängige Dunkelverarbeitung vom Eingang des Leistungsantrags bis zum Erstattungsbescheid. Daneben ermöglicht das Projekt eine Konsolidierung der IT-Landschaft sowie eine zentrale Datenhaltung. Die Einführung des neuen IT-Kernsystems ist im Laufe des Jahres 2019 geplant.

Das neue Kernsystem ist auch Voraussetzung für die weitere Digitalisierung im Kundenservice. Ein erster Schritt wird hierbei die Einführung einer PBeaKK-App zur Einreichung von Leistungsanträgen und Belegen sein, die den Kunden 2018 zur Verfügung gestellt werden soll. Ebenfalls überarbeitet – mit dem Ziel eines noch besseren Kundenservices – wird der Internetauftritt der PBeaKK.

Um das bei der PBeaKK 2015 eingeführte Qualitätsmanagementsystem nach der Methode CAF effektiv nachzuhalten und die Qualität kontinuierlich weiterzuentwickeln, ist das einheitliche Qualitätsverständnis aller Beschäftigten von hoher Bedeutung. Deshalb wird im Jahr 2018 neben der zweiten CAF-Selbstbewertung, die im April 2018 durchgeführt wird, das Thema Qualität in den Außenorganisationen durch die Aktivierung von Qualitätsbeauftragten noch stärker verankert und eine regelmäßige Berichterstattung zu Qualitätsthemen gewährleistet.

Mit der erfolgreichen Übernahme der Beihilfearbeitung für sechs Berufsgenossenschaften hat die PBeaKK ihre Stellung als Dienstleister für die Beihilfearbeitung ausgebaut und ihre Reputation weiter gestärkt. Damit ist eine gute Basis geschaffen für die weitere positive Entwicklung der Beihilfearbeitung für Dritte auch über das Jahr 2018 hinaus.

Vieles spricht dafür, dass das Zinsniveau zumindest im EUR-Raum für einen längeren Zeithorizont weiterhin auf einem historisch sehr niedrigen Niveau verbleibt. Dies erschwert unverändert die Wiederanlage von Zinstiteln und die Erwirtschaftung des kalkulierten Rechnungszinses. Durch weitgehende Vermeidung langfristiger Zinsbindung, Investition in Zinstitel außerhalb des EUR-Raums und verstärkte Investitionen in Sachwerte wie Aktien und Immobilien tritt die PBeaKK diesen Entwicklungen entgegen. Dennoch wird sich die PBeaKK dem allgemeinen Verfall der Zinsniveaus weiter nicht vollständig entziehen können.

In der Grundversicherung werden – bei Beitragserhöhungen zum 1. Januar 2018 von 3,66 Prozent und einem gleichzeitig leicht rückläufigen Bestand – die verdienten Beiträge leicht steigen. In der Zusatzversicherung werden bei unveränderten Beiträgen aufgrund des rückläufigen Bestands die verdienten Beiträge leicht sinken. Die Planungen für 2018 zeigen erneut positive Jahresüberschüsse in der Grundversicherung und in den Zusatzversicherungstarifen.

Insgesamt ist der Krankenversicherungsschutz der PBeaKK – sowohl in der Grundversicherung als auch in der Zusatzversicherung – solide und nachhaltig finanziert. Trotz der gestiegenen Lebenserwartung, der verbesserten medizinischen Behandlungsmöglichkeiten, des geschlossenen Versichertenbestands und der niedrigen Kapitalmarktzinsen stehen nach derzeitigem Kenntnisstand, unter Berücksichtigung der noch zu erwartenden Beitragssteigerungen, ausreichend Finanzmittel für die zukünftigen Leistungszahlungen zur Verfügung. Dies bestätigen die von einem unabhängigen Aktuar erstellten versicherungsmathematischen Gutachten.

2.6 RISIKOBERICHTERSTATTUNG

2.6.1 Rahmenbedingungen des Risikomanagements der PBeaKK

Der Vorstand der PBeaKK hat gemäß § 7 Absatz 2 Ziffer 11 der Satzung der PBeaKK ein angemessenes Risikomanagement einzuführen sowie ein wirksames Risikocontrolling durchzuführen. Bei der Umsetzung des unternehmensweiten Risikomanagements orientiert sich die PBeaKK am Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo), berücksichtigt dabei jedoch die spezifischen Besonderheiten der PBeaKK. Die Risiken der Zusatzversicherungen werden über ein PBeaKK-internes Risikomodell in Anlehnung an die europäische Solvency-II-Richtlinie quantifiziert.

2.6.2 Umfang des Risikomanagements

Primäres Ziel des Risikomanagements ist es, den systematischen Umgang mit wesentlichen Risiken sicherzustellen.

Die Risikostrategie der PBeaKK konzentriert sich auf Risiken, die die Erreichung der strategischen Ziele gefährden oder deren Nichterreichung zur Folge haben. Diese können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Risiken, die die strategischen Planungen zur Beitragsentwicklung in der Grund- und Zusatzversicherung gefährden,
- Risiken, die die erforderlichen finanziellen Reserven gefährden,
- Risiken, die die Bearbeitungsdauer, die Beratungsqualität und das Leistungsspektrum eines guten, bedarfsgerechten Services und damit die Kundenzufriedenheit einschränken,
- Risiken, die die Effizienz unserer Geschäftsprozesse einschränken,
- Risiken, die die Mitarbeiterleistungsfähigkeit und -zufriedenheit dahingehend beeinträchtigen, dass das Erreichen der Unternehmensziele wesentlich negativ beeinflusst wird.

Der über alle Bereiche hinweg festgelegte Risikomanagementprozess ist an der Unternehmensstrategie ausgerichtet und legt die Regeln im Umgang mit den Risiken fest.

Im Risikokontrollprozess wird bestimmt, wie wesentliche Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen sind. Die Prozess- und Risikoverantwortlichen haben die Aufgabe, die von ihnen zu verantwortenden Risiken zu identifizieren, zu bewerten sowie Maßnahmen zum Umgang mit Risiken zu definieren.

Die PBeaKK definiert drei Schlüsselfunktionen im Governance-System. Hierbei handelt es sich um die unabhängige Risikokontrollfunktion, die Compliance-Funktion sowie die Funktion der internen Revision. Die Zusammenarbeit der drei Schlüsselfunktionen entspricht den „Three Lines of Defence“ des Risikomanagements unter Solvency II.

Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss überwacht im Auftrag des Verwaltungsrats die Wirksamkeit des internen Risikomanagements.

Die Risiken der PBeaKK sind in vier Risikoklassen eingeteilt: strategische Risiken, Kapitalanlagerisiken, versicherungstechnische Risiken und operationale Risiken.

2.6.3 Strategische Risiken

Als strategische Risiken sind die Gefährdungen der Ergebnis- bzw. Planerreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der PBeaKK auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld definiert. Strategische Risiken können somit aus regulatorischen Änderungen, einem inadäquaten, strategischen Entscheidungsprozess, aus unvorhersehbaren Marktentwicklungen oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden im Wesentlichen durch das Bundesanstalt-Post-Gesetz (BAPostG), die konkretisierenden Regelungen der Satzung sowie das Beihilferecht für Bundesbeamte gesetzt. Die Strategie der PBeaKK wird jährlich vom Verwaltungsrat überprüft und stellt die Grundlage für den Umgang mit kommenden Herausforderungen dar. Die auf der Strategie aufbauende Balanced Scorecard stellt die operative Umsetzung der strategischen Ziele sicher.

Der geschlossene Versicherungsbestand bei demografiebedingter Reduzierung der Versichertenzahl macht es für die Unternehmensleitung erforderlich, ihre Strategie entsprechend auszurichten. Mit den zunehmenden Anforderungen an Prozessoptimierung in Verbindung mit den Ansprüchen an eine gleichbleibende bzw. steigende Dienstleistungsqualität für die Versicherten, die Bundesanstalt, die Postnachfolgeunternehmen sowie die weiteren Auftraggeber (unter anderem GPV) wurde die Unternehmensstrategie in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat der PBeaKK im Frühjahr 2018 um Themen der Digitalisierung und des Qualitätsmanagements erweitert.

2.6.4 Kapitalanlagerisiken

Die Kapitalanlagen der PBeaKK werden mit dem Ziel verwaltet – unter Berücksichtigung vorhandener Risiken sowie Einhaltung einer vorgegebenen Wertuntergrenze –, eine angemessene positive Rendite im mehrjährigen Durchschnitt zu erwirtschaften.

Die weltweit positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die insgesamt freundliche Entwicklung der Aktienmärkte begünstigten 2017 die Entwicklung der Kapitalanlagen. Die PBeaKK konnte die für 2017 vorgegebene Zielrendite übertreffen. Die Wiederanlage auslaufender Zinstitel wird weiterhin durch das aktuelle Zinsniveau erschwert.

Die PBeaKK hat kursreagible Anlagen in extern verwaltete Investmentfonds ausgelagert, die von einer externen Kapitalverwaltungsgesellschaft gesteuert werden. Die Steuerung der Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken erfolgt regelgebunden über ein Wertsicherungskonzept durch einen externen Risikomanager. Diese Absicherung erfolgt synthetisch durch den Abschluss von Aktienindex- und Zinsfutures. Fremdwährungsrisiken werden überwiegend abgesichert. Die genannten Sicherungsmaßnahmen haben sich auch im Jahr 2017 bewährt.

Zur Minimierung des Kreditrisikos wird darauf geachtet, dass beim Erwerb festverzinslicher Kapitalanlagen für den Eigenbestand der PBeaKK ein Mindestrating von „A-“ eingehalten wird und Schuldner mit bester Bonität bevorzugt werden.

Die PBeaKK begegnet Liquiditätsrisiken, indem das Kapitalanlagemanagement die Liquidität und Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen grundsätzlich an den Auszahlungsnotwendigkeiten der Versicherungsseite ausrichtet.

Dem Risiko, bestimmte Anlagen einseitig zu bevorzugen, begegnet die PBeaKK durch eine angemessene Mischung und Streuung der Anlagen entsprechend den Vorgaben des § 124 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG).

Die Risiken, die mit Immobilieninvestments einhergehen, werden von der PBeaKK übernommen. Hierzu zählen die Objektrisiken im Sinne einer negativen Wertänderung aufgrund einer Verschlechterung der Immobiliensituation, z. B. durch Leerstand, und die Risiken einer eingeschränkten Fungibilität. Angesichts des derzeit relativ geringen Investitionsvolumens stellen Immobilienrisiken ein untergeordnetes Risiko dar.

2.6.5 Versicherungstechnische Risiken

Grundversicherung

Die Grundversicherung finanziert sich aus den Beiträgen der Versicherten, den Kapitalanlagen inkl. des zur Schließung des Versichertenbestands angelegten Ausgleichsfonds und ihren Erträgen sowie den Gewinnrücklagen, den Betriebsmitteln, den Rücklagen und den Schadenrückstellungen.

Der Verwaltungsrat passt die Beiträge jährlich um den Beitragstrend an, der auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens mittels aktueller Annahmen über die Zukunft ermittelt wird. Der Beitragstrend ist so bemessen, dass die obigen Finanzierungsquellen zur Ausfinanzierung des Bestands bis zum Abwickelnde ausreichen.

Das versicherungstechnische Risiko besteht in einer durch Zufall, Irrtum oder Änderung bspw. regulatorischer Art begründeten Erhöhung der Ausgaben oder Verringerung der Einnahmen gegenüber der Erwartung, die sich in einer Erhöhung des Beitragstrends niederschlagen würde. Die PBeaKK begegnet diesen Risiken durch permanente Beobachtung der Bestandsentwicklung, der Leistungsausgaben und der Rahmenbedingungen. Die PBeaKK muss jährlich zur Entwicklung des Beitragstrends ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellen lassen, in dem die kalkulatorischen Annahmen überprüft werden. Zudem werden potenzielle Einflussfaktoren und Unsicherheiten analysiert, deren Auswirkung auf den Beitragstrend abgeschätzt und bei Bedarf Reaktionsmöglichkeiten erarbeitet.

Zusatzversicherung

Die Zusatzversicherung finanziert die Leistungen aus den Beiträgen der Versicherten, den Kapitalanlagen und ihren Erträgen. Die Beiträge sind auf Basis von Annahmen zur Sterblichkeit, Storno, Krankheitskosten und Verwaltungskosten unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses kalkuliert und enthalten keine planmäßigen zukünftigen Steigerungen. Die PBeaKK hat satzungsgemäß jedoch das Recht, die Beiträge auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens anzupassen.

Das versicherungstechnische Risiko besteht in einer aus Zufall, Irrtum oder Änderung resultierenden Erhöhung der Ausgaben oder Verringerung der Einnahmen gegenüber den kalkulatorischen Annahmen. Die Mehrausgaben müssen entweder von der PBeaKK getragen oder den Versicherten im Zuge einer Beitragserhöhung weitergegeben werden.

Die PBeaKK begegnet diesen Risiken einerseits durch permanente Beobachtung der Bestandsentwicklung, der Leistungsausgaben und Rahmenbedingungen des Marktes. Zusätzlich werden angemessene Sicherheitszuschläge in der Beitragskalkulation berücksichtigt. Aus den daraus entstehenden Überschüssen wird eine Betriebsmittelreserve aufgebaut. Die Betriebsmittel werden zur Begrenzung von Beitragserhöhungen und Beitragssenkungen im Alter sowie für Beitragsrückstellungen verwendet. Die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen wird jährlich durch ein versicherungsmathematisches Gutachten überprüft. Die PBeaKK orientiert sich hierbei an den Vorgaben der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV). Darüber hinaus wird die ausreichende Kapitalausstattung durch Berechnungen mithilfe eines eigenen quantitativen Risikomodells, das sich an den Vorgaben von Solvency II orientiert, überprüft. Bei Bedarf werden Risikobegrenzungsmaßnahmen eingeleitet.

2.6.6 Operationale Risiken

Das Erreichen der Serviceziele setzt eine ausreichende Ausstattung der PBeaKK mit personellen und sachlichen Ressourcen voraus. Im Sommer 2017 kam es zu einer deutlichen Unterdeckung des Personalbestands, u. a. aufgrund zusätzlicher Aufgabenstellungen wie der Prüfung der Wahlleistungsvereinbarungen sowie langwieriger Rekrutierungsprozesse. In der Folge sind die Bearbeitungszeiten gestiegen. Der leichte Rückgang der Kundenzufriedenheit 2017 ist im Wesentlichen auf diese Umstände zurückzuführen. Als Konsequenz muss zukünftig sichergestellt werden, dass die Ressourcenausstattung möglichst exakt dem definierten Bedarf entspricht.

Die IT-Systemstabilität und die IT-Systemverfügbarkeit sind weiterhin maßgeblich für eine zügige Bearbeitung der Kundenvorgänge. Die 2016 begonnenen Projektarbeiten zur Neuaufsetzung des Kernsystems „IV-PBeaKK 4.0“ wurden auch 2017 mit Hochdruck weiter betrieben. Die PBeaKK erwartet durch die Einführung einer Branchenstandardlösung die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit, eine Reduktion der IT-Fixkosten bei sinkendem Versichertenbestand sowie eine weitere Erhöhung der Prozesseffizienz. Der Einführungstermin ist im Laufe des Jahres 2019 geplant. Trotz einer hohen Bindung von Personalressourcen sowohl bei Mitarbeitern der IT als auch der Fachseiten konnten die strategischen Planaufgaben umgesetzt und die Zielwerte der Regelaufgaben in den Competence Centern und Service Centern der Geschäftsstellen 2017 weitgehend erreicht werden.

Der hohe Automatisierungsgrad und die Robustheit der Geschäftsprozesse ermöglichen eine strategische Fokussierung auf die Servicequalität. Langfristig wirksame Maßnahmen unter Einbezug aller Beschäftigten zur Beibehaltung und Erhöhung der Servicequalität werden kontinuierlich umgesetzt. Die sich daraus ergebenden Risiken sind eher qualitativer Art und werden im Rahmen von internen Projekten berücksichtigt.

Neben dem demografischen Wandel stellt die zunehmende Digitalisierung der Prozesse eine Herausforderung an die mittelfristige Organisationsplanung der PBeaKK dar. Dem begegnet die PBeaKK bereits seit mehreren Jahren durch ausgesuchte Projekte. Insbesondere steht die strategische Ausrichtung hinsichtlich Standortpolitik, Beherrschbarkeit von Verwaltungskosten bei sinkenden Beschäftigtenzahlen sowie der Erhaltung der Mitarbeiterzufriedenheit auch im Hinblick auf veränderte Lebenssituationen im Vordergrund. Damit verbunden ist die Gewährleistung von Qualität und Quantität in der Produktion sowie die Einhaltung der Anforderungen an den Datenschutz und die Informationssicherheit angesichts zunehmender regulatorischer Voraussetzungen.

2.6.7 Beurteilung der Gesamtrisikosituation

Bei der Beurteilung der Gesamtrisikosituation wurden die bestehenden Chancen und Risiken bewertet. Insgesamt ist die PBeaKK zukunftsfähig aufgestellt. Die Gesamtrisikosituation 2017 der PBeaKK wird als nicht kritisch eingeschätzt. Die Interessen der Versicherungsnehmer waren zu keinem Zeitpunkt grundsätzlich gefährdet.

Die bestehenden Risikoüberwachungsmaßnahmen ermöglichten es, Risiken frühzeitig zu erkennen und gezielt Gegenmaßnahmen einzuleiten. Einschneidende Korrekturmaßnahmen waren dadurch nicht erforderlich.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wurde formell erneut durch Prüfungshandlungen des Prüfungsausschusses des Verwaltungsrats im Juni 2017 bestätigt.

JAHRESABSCHLUSS

3.1 BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVA

	31.12.2017 Euro	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		608.259,32	540.332,90
II. Geleistete Anzahlungen		6.359.019,81	3.911.131,42
		6.967.279,13	4.451.464,32
B. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.629.138.447,27		1.486.438.611,02
2. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	211.000.000,00		186.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	132.000.197,13		189.000.366,31
	343.000.197,13		375.000.366,31
3. Einlagen bei Kreditinstituten	22.100.000,00		41.000.000,00
		1.994.238.644,40	1.902.438.977,33
II. Vermögen des Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung			
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		554.426.995,35	554.426.995,35
		2.548.665.639,75	2.456.865.972,68
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an			
1. Versicherungsnehmer	2.566.173,69		2.627.633,75
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	1.497.545,08		79.695,13
		4.063.718,77	2.707.328,88
II. Sonstige Forderungen		23.134.431,50	22.284.200,98
		27.198.150,27	24.991.529,86
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		1.215.409,71	1.233.457,08
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		2.611.857,89	2.672.234,95
		3.827.267,60	3.905.692,03
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		8.590.641,01	10.529.299,50
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		299.296,98	391.323,78
		8.889.937,99	10.920.623,28
Summe der Aktiva		2.595.548.274,74	2.501.135.282,17

PASSIVA

	31.12.2017 Euro	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
A. Eigenkapital			
I. Betriebsmittel		460.720.584,76	425.363.028,18
II. Rücklage gemäß § 72 Satzung		66.618.000,00	67.537.000,00
III. Gewinnrücklage Grundversicherung		291.542.289,69	244.442.952,42
IV. Bilanzgewinn		68.693.614,21	47.099.337,27
		887.574.488,66	784.442.317,87
B. Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung		554.426.995,35	554.426.995,35
C. Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen		8.182.688,84	5.684.921,40
D. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		974.325.452,00	977.691.535,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Gesamtbetrag	398.679.657,29		376.408.326,74
2. abzgl. Beihilfeanteil	256.537.176,16		239.793.072,74
		142.142.481,13	136.615.254,00
		1.116.467.933,13	1.114.306.789,00
E. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.590.225,00	4.425.937,00
II. Sonstige Rückstellungen		4.995.247,94	2.378.219,64
		10.585.472,94	6.804.156,64
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	5.561.289,27		5.335.690,50
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	3.465.364,60		10.410.734,67
		9.026.653,87	15.746.425,17
II. Sonstige Verbindlichkeiten		9.258.718,19	19.698.337,37
davon aus Steuern 184.988,62 Euro (Vorjahr: 162.433,43 Euro)			
		18.285.372,06	35.444.762,54
G. Rechnungsabgrenzungsposten		25.323,76	25.339,37
Summe der Passiva		2.595.548.274,74	2.501.135.282,17

3.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DEN ZEITRAUM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

3.2.1 Gesamtergebnis

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		975.177.385,51	964.534.212,35
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	64.471.554,39		64.891.492,84
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	64.471.554,39		64.891.492,84
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	15.846,66		1.524.717,00
		64.487.401,05	66.416.209,84
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		6.983.573,43	6.932.374,29
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	2.909.917.930,50		2.893.838.664,76
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	1.800.680.347,16		1.770.453.844,85
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	191.364.675,04		193.028.720,76
	917.872.908,30		930.356.099,15
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	21.942.677,19		2.474.911,58
bb) abzgl. Beihilfeanteil	-16.744.103,42		-2.700.050,17
	5.198.573,77		-225.138,59
		923.071.482,07	930.130.960,56
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	1.499.991,10

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-3.366.083,00	-1.586.546,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		23.664.486,14	21.483.593,63
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	10.451,35
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		103.278.474,78	86.344.345,84
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	81.434.294,58		82.236.207,50
b) Andere Erträge	415.264,32		79.994,76
	81.849.558,90		82.316.202,26
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	81.434.294,58		82.236.207,50
b) Andere Aufwendungen	561.568,31		828.855,39
	81.995.862,89		83.065.062,89
		146.303,99	748.860,63
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		103.132.170,79	85.595.485,21
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		103.132.170,79	85.595.485,21
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		1.837.000,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		919.000,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		37.194.556,58	38.052.147,94
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	444.000,00
11. Bilanzgewinn		68.693.614,21	47.099.337,27

3.2.2 Grundversicherung

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		844.113.535,64	832.758.415,52
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	21.004.832,44		20.349.972,16
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	21.004.832,44		20.349.972,16
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	15.846,66		1.524.717,00
		21.020.679,10	21.874.689,16
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		6.983.482,81	6.932.374,29
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	2.728.785.555,60		2.713.929.148,97
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	1.738.001.068,31		1.710.454.764,85
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	191.364.675,04		193.028.720,76
	799.419.812,25		810.445.663,36
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	21.290.247,57		1.555.712,57
bb) abzgl. Beihilfeanteil	-16.744.103,42		-2.700.050,17
	4.546.144,15		-1.144.337,60
		803.965.956,40	809.301.325,76
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	1.499.991,10

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		0,00	0,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.084.754,37	1.684.716,00
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		66.066.986,78	49.079.446,11
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	69.368.148,79		69.869.325,57
b) Andere Erträge	361.746,08		71.297,91
	69.729.894,87		69.940.623,48
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	69.368.148,79		69.869.325,57
b) Andere Aufwendungen	491.118,65		718.406,75
	69.859.267,44		70.587.732,32
		129.372,57	647.108,84
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		65.937.614,21	48.432.337,27
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		65.937.614,21	48.432.337,27
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		1.837.000,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		919.000,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		0,00	889.000,00
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	444.000,00
11. Bilanzgewinn		68.693.614,21	47.099.337,27

3.2.3 Zusatzversicherung Grundstufe

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		6.081.998,33	6.241.432,57
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.613.399,61		9.117.254,72
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	8.613.399,61		9.117.254,72
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		8.613.399,61	9.117.254,72
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	13.550.362,18		13.850.997,68
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	13.550.362,18		13.850.997,68
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	75.083,83		72.748,45
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	75.083,83		72.748,45
		13.625.446,01	13.923.746,13
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-5.804.826,00	-4.912.006,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.468.514,85	2.146.885,29
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	1.036,86
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		4.406.263,08	4.199.025,01
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	1.131.131,98		1.134.256,09
b) Andere Erträge	6.239,56		929,62
	1.137.371,54		1.135.185,71
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	1.131.131,98		1.134.256,09
b) Andere Aufwendungen	8.075,75		11.822,74
	1.139.207,73		1.146.078,83
		1.836,19	10.893,12
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		4.404.426,89	4.188.131,89
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		4.404.426,89	4.188.131,89
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		4.404.426,89	4.188.131,89
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.4 Zusatzversicherung Aufbaustufe

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		1.859.621,24	1.934.555,89
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	5.621.919,55		5.963.528,21
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	5.621.919,55		5.963.528,21
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		5.621.919,55	5.963.528,21
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	7.405.621,60		7.525.862,00
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	7.405.621,60		7.525.862,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-7.259,53		78.949,25
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-7.259,53		78.949,25
		7.398.362,07	7.604.811,25
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-4.004.342,00	-3.918.110,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.349.341,89	1.166.192,81
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	2.321,51
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		2.738.178,83	3.042.868,53
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	620.329,36		617.709,55
b) Andere Erträge	3.347,73		515,17
	623.677,09		618.224,72
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	620.329,36		617.709,55
b) Andere Aufwendungen	4.419,86		6.384,59
	624.749,22		624.094,14
		1.072,13	5.869,42
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.737.106,70	3.036.999,11
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		2.737.106,70	3.036.999,11
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		2.737.106,70	3.036.999,11
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.5 Zusatzversicherung Ergänzungsstufe

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		68.256.419,15	69.511.590,27
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.645.635,45		9.019.917,53
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	8.645.635,45		9.019.917,53
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		8.645.635,45	9.019.917,53
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		86,90	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	63.095.086,82		65.653.650,44
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	63.095.086,82		65.653.650,44
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	427.781,30		65.312,51
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		
	427.781,30		65.312,51
		63.522.868,12	65.718.962,95
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-4.191.717,00	-3.723.613,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		11.495.781,77	10.174.475,24
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	5.576,20
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		6.075.208,61	6.356.106,41
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	5.215.704,91		5.346.568,80
b) Andere Erträge	30.730,49		3.990,96
	5.246.435,40		5.350.559,76
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	5.215.704,91		5.346.568,80
b) Andere Aufwendungen	37.487,01		61.961,85
	5.253.191,92		5.408.530,65
		6.756,52	57.970,89
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		6.068.452,09	6.298.135,52
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		6.068.452,09	6.298.135,52
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		6.068.452,09	6.298.135,52
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.6 Zusatzversicherung Krankenhaustagegeldstufe

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		19.178.830,88	19.307.704,39
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	14.905.823,38		15.483.110,17
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	14.905.823,38		15.483.110,17
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		14.905.823,38	15.483.110,17
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	24.717.610,25		24.233.828,24
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	24.717.610,25		24.233.828,24
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	205.175,38		402.222,54
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	205.175,38		402.222,54
		24.922.785,63	24.636.050,78
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-4.060.094,00	-3.142.373,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		4.503.345,44	3.755.698,61
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	1.516,78
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		8.718.617,19	9.539.921,39
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	2.048.773,05		1.973.405,85
b) Andere Erträge	10.107,71		1.533,75
	2.058.880,76		1.974.939,60
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	2.048.773,05		1.973.405,85
b) Andere Aufwendungen	14.678,34		20.909,50
	2.063.451,39		1.994.315,35
		4.570,63	19.375,75
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		8.714.046,56	9.520.545,64
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		8.714.046,56	9.520.545,64
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		8.714.046,56	9.520.545,64
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.7 Zusatzversicherung Pflagegeldstufe

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		17.760.253,08	16.850.568,11
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.571.724,09		3.121.280,80
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	3.571.724,09		3.121.280,80
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		3.571.724,09	3.121.280,80
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	1.576.910,38		1.003.956,66
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	1.576.910,38		1.003.956,66
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	181.242,68		32.688,15
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	181.242,68		32.688,15
		1.758.153,06	1.036.644,81
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		13.778.799,00	13.084.142,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		286.695,35	1.370.105,65
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		5.508.329,76	4.480.956,45
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	183.876,07		72.270,16
b) Andere Erträge	110,63		791,56
	183.986,70		73.061,72
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	183.876,07		72.270,16
b) Andere Aufwendungen	986,84		1.215,07
	184.862,91		73.485,23
		876,21	423,51
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		5.507.453,55	4.480.532,94
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		5.507.453,55	4.480.532,94
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		5.507.453,55	4.480.532,94
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.8 Auslands-Krankenergänzungsversicherung

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		1.373.986,39	1.400.761,13
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	702.740,00		713.806,40
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	702.740,00		713.806,40
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		702.740,00	713.806,40
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		3,72	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	1.048.110,13		1.053.428,47
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	1.048.110,13		1.053.428,47
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-258.828,12		196.706,45
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-258.828,12		196.706,45
		789.282,01	1.250.134,92
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		134.350,00	163.279,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		190.663,60	163.592,03
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		962.434,50	537.561,58
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	87.712,80		87.485,25
b) Andere Erträge	457,40		162,29
	88.170,20		87.647,54
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	87.712,80		87.485,25
b) Andere Aufwendungen	600,28		848,58
	88.313,08		88.333,83
		142,88	686,29
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		962.291,62	536.875,29
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		962.291,62	536.875,29
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		962.291,62	536.875,29
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.2.9 Zusatzversicherung Implantate, Sehhilfen, Hörgeräte

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		16.552.740,80	16.529.184,47
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.405.479,87		1.122.622,85
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00		0,00
	1.405.479,87		1.122.622,85
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		1.405.479,87	1.122.622,85
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	7.059.394,69		6.588.712,30
bb) abzgl. einzelfallbezogene Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschale Beihilfe	0,00		0,00
	7.059.394,69		6.588.712,30
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	29.234,08		70.571,66
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	29.234,08		70.571,66
		7.088.628,77	6.659.283,96
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2017 Euro	2017 Euro	2016 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		781.747,00	862.135,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.285.388,87	1.021.928,00
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		8.802.456,03	9.108.460,36
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	576.836,16		531.050,45
b) Andere Erträge	2.524,72		773,50
	579.360,88		531.823,95
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	576.836,16		531.050,45
b) Andere Aufwendungen	4.201,58		7.306,31
	581.037,74		538.356,76
		1.676,86	6.532,81
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		8.800.779,17	9.101.927,55
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss		8.800.779,17	9.101.927,55
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		8.800.779,17	9.101.927,55
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

3.3 ANHANG

Die Postbeamtenkrankenkasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in der Maybachstraße 54/56, 70469 Stuttgart

3.3.1 Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 110 Satz 2 Bundeshaushaltsordnung in entsprechender Anwendung von § 264 Abs. 1 Satz 1 HGB erstellt. Die Vorschriften des BAPostG und der Satzung der PBeaKK in Kapitel V über Finanz- und Rechnungswesen wurden beachtet. Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage handelsrechtlicher Vorschriften und mit Ausnahme der Darstellung der Funktionsbereichskosten und des Ausweises der Erträge aus Beihilfe in Anlehnung an die RechVersV erstellt. Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses gemäß § 268 Abs. 1 HGB aufgestellt. Im Geschäftsbericht wurden Zahlen und Summen kaufmännisch gerundet.

Bewertungsmethoden für Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände
Der Ansatz der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu den Anschaffungskosten. Soweit die immateriellen Vermögensgegenstände in Betrieb genommen worden sind, erfolgt die Bewertung zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden dem Anlagevermögen zugeordnet und nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften mit den Anschaffungskosten ggf. gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB um Abschreibungen vermindert bewertet. Gleiches gilt für die Bewertung der Investmentanteile und anderen festverzinslichen Wertpapiere des Vermögens des Ausgleichspostens gemäß § 70a. Aktien hält die PBeaKK nicht direkt, sondern nur indirekt über Investmentanteile.
Die Zuordnung zum Anlagevermögen trägt dem Umstand Rechnung, dass die PBeaKK die Kapitalanlagen in absehbarer Zeit nicht zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft in Anspruch nehmen muss. Außerdem werden Ergebnisbelastungen, die nur auf einer vorübergehenden Marktwertschwankung beruhen, auf diese Weise vermieden.
Der Zeitwert der Investmentanteile und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere wird mit den Rücknahmepreisen bzw. Börsenkursen vom letzten Handelstag im Dezember ermittelt.

Namenschuldverschreibungen

Bei den Namenschuldverschreibungen wurde ab 1. Januar 2017 eine Bewertungsänderung vorgenommen. Das Wahlrecht gemäß § 341c Abs. 1 und Abs. 2 HGB, mit dem Nennwert zu bilanzieren und das Agio und Disagio durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung entsprechend der Laufzeit zu verteilen, wird nicht mehr wahrgenommen. Die Bewertung erfolgt ab 1. Januar 2017 gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode entsprechend den Schuldscheinforderungen. Die Zeitwerte werden anhand einer adäquaten Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung von Bonitätsaufschlägen ermittelt.

Schuldscheinforderungen

Die Bewertung erfolgt gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Die Zeitwerte werden anhand einer adäquaten Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung von Bonitätsaufschlägen ermittelt.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bewertung erfolgt zum Nennbetrag.

Forderungen

Die Forderungen werden zum Nennwert angesetzt und soweit erforderlich um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gekürzt.

Forderungen, die älter als ein Jahr sind, werden mit einem Einzelwertberichtigungssatz in Höhe von 50 % und Forderungen, die älter als zwei Jahre sind, mit einem Einzelwertberichtigungssatz in Höhe von 100 % wertberichtigt. Forderungen, die das aktuelle Geschäftsjahr betreffen, werden, soweit sie 15 Tsd. Euro übersteigen, einzeln geprüft und ggf. wertberichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko der nicht einzelbewerteten Forderungen wird eine Pauschalwertberichtigung von 1 % auf diese Forderungen gebildet.

Sachanlagen und Vorräte

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, ausgewiesen. Vorräte werden bei der PBeaKK nicht geführt.
Nach § 6 Abs. 2a EStG werden bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 150 Euro bis zu 1.000 Euro in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird pauschal linear über fünf Jahre abgeschrieben. Durch Veräußerungen, Entnahmen oder Wertminderungen wird der Wert des Sammelpostens nicht beeinflusst.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Noch nicht fällige Zinserträge und sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 1 und Abs. 3 HGB abgegrenzt. Bei Namenschuldverschreibungen werden, wenn die Anschaffungskosten oberhalb oder unterhalb des Nominalwerts liegen, die Unterschiedsbeträge als Agio oder Disagio abgegrenzt.

Bewertungsmethoden für Passiva

Ausgleichsfonds gemäß § 70a
der Satzung der PBeaKK

Der Ausgleichsfonds wird in einem separaten Passivposten „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ zwischen Eigenkapital und versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen. Der Ausweis als separater Passivposten „Ausgleichsfonds“ berücksichtigt den Charakter gemäß § 70a der Satzung und erhöht die Übersichtlichkeit. Daneben werden aktivseitig die Kapitalanlagen des Ausgleichsfonds getrennt von den restlichen Kapitalanlagen ausgewiesen.

Die Bewertung des Passivpostens „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ erfolgt entsprechend der Höhe der Buchwerte der Kapitalanlagen des Ausgleichsfonds. Die Veränderung des „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ wird als Zuführung/Entnahme aus dem „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ unter „Veränderungen des Ausgleichsfonds nach § 70a der Satzung“ dargestellt.

Deckungsrückstellung

Die Berechnung der Alterungsrückstellung erfolgt gemäß § 341f HGB nach der prospektiven Methode für jeden Versicherungsvertrag einzeln durch ein versicherungsmathematisches Gutachten. Die Alterungsrückstellung entspricht dem Barwert der zukünftigen Versicherungsleistungen abzüglich des Barwertes der zukünftigen Nettobeiträge. Zum Zeitpunkt der Kalkulation wurde die jeweils aktuellste PKV-Sterbetafel zugrunde gelegt. Die Alterungsrückstellung wurde für die Grund-, Aufbau-, Ergänzungs- und KT-Stufe mit 3,25 %, für die Pflagegeldstufe mit 3,0 % und für alle anderen Stufen mit 3,5 % ermittelt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte
Versicherungsfälle

Die Ermittlung erfolgt gemäß § 341g Abs. 3 HGB. Die in den Monaten Januar und Februar erfolgten Zahlungen für Versicherungsfälle des vergangenen Geschäftsjahres sind um einen Betrag erhöht worden, der sich aus dem durchschnittlichen Verhältnis der Zahlungen für Versicherungsfälle zwischen dem Gesamtjahr und den Monaten Januar und Februar der jeweils letzten drei Geschäftsjahre ergibt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in der Grundversicherung wird getrennt nach Pauschalleistungen und auf die Versicherten bezogene Leistungen berechnet.

Der auf Beihilfeleistungen entfallende Anteil der Rückstellung wird offen abgesetzt, da hier im Leistungsfall ein Erstattungsanspruch an die Träger der Beihilfe besteht.

Rückstellungen für Pensionen und
ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Grundsätze unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck nach der Projected Unit Credit Method ermittelt. Bei diesem Verfahren werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Renten und Gehältern bei vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussgrößen berücksichtigt.

Für Bilanzstichtage nach dem 31. Dezember 2015 verlangt der Gesetzgeber mit dem § 253 Abs. 6 HGB eine alternative Bewertung des Erfüllungsbetrags der Pensionsverpflichtungen auf Basis von 2 verschiedenen durchschnittlichen Zinssätzen – zum einen auf Basis des Zinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten zehn Geschäftsjahre und zum anderen mit dem der letzten sieben Geschäftsjahre. Der Unterschiedsbetrag ist in jedem Jahr im Anhang darzustellen. Der Zinssatz zur Abzinsung der Pen-

sionsrückstellungen wird wie im Vorjahr mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre statt der letzten 7 Jahre ermittelt. Dabei wird wie bisher die Restlaufzeit der Verpflichtung mit 15 Jahren angesetzt. Durch die Erweiterung des Zeitraums zur Bestimmung des durchschnittlichen Marktzinssatzes ergibt sich ein Zinssatz von 3,74 % statt 2,88 % (Vorjahr: 4,06 % statt 3,32 %). Die Anwendung des Zinssatzes von 3,74 % führt gegenüber dem Zinssatz von 2,88 % zu einer um 1.941 Tsd. Euro geringeren Pensionsrückstellung. Dieser Betrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Die tarifliche Zusatzversorgung beruht auf einem Bausteinsystem. Die Bewertung der Pensionsverpflichtung zum Stichtag erfolgt ausschließlich auf Basis der bereits erdienten Ansprüche. Damit ergibt sich die Höhe der Pensionsverpflichtung aus der Berechnung des versicherungsmathematischen Barwerts der feststehenden Rentenansprüche. Der Pensions-Sicherungs-Verein ist eine Sicherungseinrichtung zum Schutz der betrieblichen Altersversorgung bei der Insolvenz des Arbeitgebers. Hierfür wurde erstmalig im Geschäftsjahr 2016 eine Rückstellung gebildet.

Sonstige Rückstellungen

Für alle anderen Risiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung eine Rückstellung gebildet. Die sonstigen Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, werden die Rückstellungen nach Maßgabe des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen sowie sonstige passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nach Maßgabe des § 250 Abs. 2 HGB abgegrenzt.

Bewertungsmethoden für Gewinn- und Verlustrechnung

Grundsätze der Zuordnung von Erträgen
und Aufwendungen

Die Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) werden nach einem Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Versicherungszweige aufgeteilt. Der verwendete Kapitalertragsschlüssel ergibt sich pro Versicherungsart aus der Summe aus Betriebsmitteln und Rücklagen zum Anfang des Geschäftsjahres zzgl. dem arithmetischen Mittel der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Anfang und zum Ende des Geschäftsjahres.

Die Aufteilung sämtlicher versicherungs- und nichtversicherungstechnischer Erträge und Aufwendungen auf die Versicherungszweige erfolgt, soweit sie nicht direkt den einzelnen Versicherungszweigen zurechenbar sind, im Verhältnis der verdienten Beiträge bzw. nach den Aufwendungen für Versicherungsfälle.

Entwicklung der Aktivposten A., B. und D. 2017 mit Ausgleichsfonds

	01.01.2017 Euro	Zugänge Euro	Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	31.12.2017 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	540.332,90	303.496,94	0,00	0,00	0,00	235.570,52	608.259,32
II. Geleistete Anzahlungen	3.911.131,42	2.447.888,39	0,00	0,00	0,00	0,00	6.359.019,81
Summe A.	4.451.464,32	2.751.385,33	0,00	0,00	0,00	235.570,52	6.967.279,13
B. Kapitalanlagen							
I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.486.438.611,02	142.699.836,25	0,00	0,00	0,00	0,00	1.629.138.447,27
2. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	186.000.000,00	40.000.000,00	0,00	15.000.000,00	0,00	0,00	211.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	189.000.366,31	0,00	0,00	57.000.169,18	0,00	0,00	132.000.197,13
3. Einlagen bei Kreditinstituten	41.000.000,00	105.500.000,00	0,00	124.400.000,00	0,00	0,00	22.100.000,00
II. Vermögen des Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	554.426.995,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	554.426.995,35
Summe B.	2.456.865.972,68	288.199.836,25	0,00	196.400.169,18	0,00	0,00	2.548.665.639,75
D. Sonstige Vermögensgegenstände							
I. Sachanlagen							
1. Sachanlagen	523.124,39	118.353,92	0,00	79.207,69	0,00	162.567,09	399.703,53
2. Anlagenpool	710.332,69	404.178,57	0,00	0,00	0,00	298.805,08	815.706,18
Summe D.	1.233.457,08	522.532,49	0,00	79.207,69	0,00	461.372,17	1.215.409,71
Gesamtsumme	2.462.550.894,08	291.473.754,07	0,00	196.479.376,87	0,00	696.942,69	2.556.848.328,59

3.3.2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz – Aktiva

Zu A.

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände

Die PBeaKK weist immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von rd. 7,0 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 4,5 Mio. Euro) aus. Dabei handelt es sich ausschließlich um Software und Softwarelizenzen. Darin enthalten sind 6,2 Mio. Euro geleistete Anzahlungen für das IT-Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ – eine grundlegende Reorganisation der IT-Architektur der PBeaKK –, das sich noch in der Entwicklungsphase befindet.

Der Zugang im Berichtsjahr in Höhe von rd. 2,7 Mio. Euro betrifft in Höhe von rd. 2,3 Mio. Euro das IT-Projekt „IV-PBeaKK 4.0“ und einen Versionswechsel des Archivierungstools Saperion mit 0,1 Mio. Euro. Weiterhin wurden Softwarelizenzen in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro erworben.

Der Abschreibungsbeginn erfolgt im Monat der Inbetriebnahme. Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist auf Seite 70 dargestellt.

Zu B.

Entwicklung der Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist auf Seite 70 dargestellt. Die Ermittlung des Buchwertes erfolgt nach den Regelungen der §§ 341b und 341c HGB mit den An-

schaffungskosten. Die Bewertung des Zeitwerts erfolgt in Anlehnung an § 56 RechVersV. Der Ausgleichsfonds wird gemäß § 70a Satzung separat dargestellt.

	Buchwert 31.12.2017 Euro	Zeitwert 31.12.2017 Euro	Bewertungs- reserve 31.12.2017 Euro	Bewertungs- reserve 31.12.2017 in %
Investmentanteile	1.629.138.447	1.814.112.266	184.973.819	11,4
Investmentanteile des Ausgleichsfonds	554.426.995	839.150.215	284.723.220	51,4
Namenschuldverschreibungen	211.000.000	233.219.802	22.219.802	10,5
Schuldscheinforderungen und Darlehen	132.000.197	144.457.610	12.457.413	9,4
Einlagen bei Kreditinstituten	22.100.000	22.100.000	0	0,0
Gesamt	2.548.665.639	3.053.039.893	504.374.254	19,8

Investmentanteile

Art	Name	Buchwert	Zeitwert	Bewertungs- reserve	Ausschüttung
Rentenfonds	PBeaKK HTM-Fonds	315.560.889	418.443.649	102.882.760	0
Mischfonds	INKA PBeaKK Fonds	1.313.577.558	1.395.668.617	82.091.059	50.806.939
Mischfonds	INKA Ausgleichsfonds	554.426.995	839.150.215	284.723.220	0
Summe Sondervermögen		2.183.565.442	2.653.262.481	469.697.039	50.806.939

Die PBeaKK hält an den „PBeaKK HTM-Fonds“, „INKA PBeaKK Fonds“ und „INKA Ausgleichsfonds“ sämtliche Anteile. Namensschuldverschreibungen und

Schuldscheinforderungen werden bis zur Endfälligkeit gehalten und der Endfälligkeitbetrag zu 100 Prozent vereinnahmt.

Zu C.

Entwicklung der Forderungen

Zu C. I.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
1. Forderungen an Versicherungsnehmer	2.566.173,69	2.627.633,75
2. Forderungen an Mitglieds- und Trägerunternehmen	1.497.545,08	79.695,13
Gesamt Pos. C. I.	4.063.718,77	2.707.328,88

Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr bestehen in Höhe von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro).

Bei den Wertberichtigungen entfallen 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) auf Rückerstattungsansprüche an Mitglieder und 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) auf Beitragsforderungen.

Zu C. II.

Sonstige Forderungen

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
a) Forderungen aus Leistungen an Dritte und Vorauszahlungen	2.441.427,04	2.753.736,09
b) Übrige sonstige Forderungen	20.693.004,46	19.530.464,89
Gesamt Pos. C. II.	23.134.431,50	22.284.200,98

In den sonstigen Forderungen sind Wertberichtigungen auf Rückerstattungsansprüche an Dritte in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) enthalten.

Zu D.

Entwicklung der sonstigen Vermögensgegenstände

Zu D. I.

Sachanlagevermögen

Die PBeaKK weist Sachanlagen (ohne Sammelposten) in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 0,5 Mio. Euro) aus. Der Abschreibungsbeginn erfolgt im Monat der Inbetriebnahme. Die Entwicklung der sonstigen Vermögensgegenstände ist auf Seite 70 dargestellt.

Zu E. I.

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
Zinsforderungen	8.277.920,65	10.251.444,86
Vorausbezahlte Mieten	312.720,36	277.854,64
Gesamt Pos. E. I.	8.590.641,01	10.529.299,50

Zu E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Unter diesem Posten werden abgegrenzte Eingangsrechnungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) ausgewiesen.

Zu D. II.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Die PBeaKK weist zum Stichtag ein laufendes Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro) aus.

Zu E.

Entwicklung der Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanz – Passiva**Zu A.**

Entwicklung des Eigenkapitals

zu A. I.

Betriebsmittel

Die Betriebsmittel teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	133.237.000,00	135.074.000,00	-1.837.000,00
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	37.999.630,73	33.595.203,84	4.404.426,89
▪ Aufbaustufe	27.268.812,73	24.531.706,03	2.737.106,70
▪ Ergänzungsstufe	89.482.427,71	83.413.975,62	6.068.452,09
▪ Krankenhaustagegeldstufe	75.747.322,77	67.033.276,21	8.714.046,56
▪ Pflegetagegeldstufe	31.972.843,00	26.465.389,45	5.507.453,55
▪ ISH-Stufe	45.576.759,91	36.775.980,74	8.800.779,17
AKEV	19.435.787,91	18.473.496,29	962.291,62
Gesamt Pos. A. I.	460.720.584,76	425.363.028,18	35.357.556,58

Die Betriebsmittel der Grundversicherung in Höhe von 133,2 Mio. Euro (Vorjahr: 135,1 Mio. Euro) sind gemäß § 71 Abs. 1 Satzung PBeaKK bis zur Höhe von 2/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle ohne die darin enthaltene Beihilfe zu dotieren. In der Grundversicherung werden 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: Einstellung 0,9 Mio. Euro) gemäß § 71 Abs. 1 der Satzung aus den Betriebsmitteln entnommen.

Die Betriebsmittel der Zusatzversicherung und AKEV sind gemäß § 71 Abs. 2 Satzung PBeaKK mindestens in Höhe von durchschnittlich 1/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle angesetzt.

Zu A. II.

Rücklage gemäß § 72 Satzung

Die Rücklage in der Grundversicherung in Höhe von 66,6 Mio. Euro (Vorjahr: 67,5 Mio. Euro) wurde gemäß § 72 Abs. 2 Satzung PBeaKK auf 1/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle ohne die darin enthaltene Beihilfe dotiert.

Zu A. III.

Gewinnrücklage Grundversicherung

Die Gewinnrücklage in Höhe von 291,5 Mio. Euro (Vorjahr: 244,4 Mio. Euro) ist ausschließlich der Grundversicherung zuzuordnen. In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 28. Juni 2017 wurde nach Maßgabe des § 72a der Satzung beschlossen, den Überschuss der Grundversicherung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 nach Auffüllen der Betriebsmittel und der Rücklagen in Höhe von 47,1 Mio. Euro in die Gewinnrücklage einzustellen.

Zu A. IV.

Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt 68,7 Mio. Euro (Vorjahr: 47,1 Mio. Euro). Dieser entfällt vollständig auf die Grundversicherung.

Zu B.

Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung

Nach § 26h BAPostG in Verbindung mit § 70a Satzung PBeaKK wurde zur dauerhaften Haushaltssicherung in der Grundversicherung ein Ausgleichsfonds gebildet. Dieser ist innerhalb der Kapitalanlagen unter B. II. dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2005 erfolgsneutral eine Rücklage für die Verpflichtungen aus dem Ausgleichsfonds in Höhe von 552,7 Mio. Euro eingestellt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden 1,5 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds ausgeschüttet und wieder zugeführt. Der Buchwert des Ausgleichsfonds beträgt unverändert 554,4 Mio. Euro (Vorjahr 554,4 Mio. Euro).

Zu C.

Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen

Der Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen wird gebildet, da die BAnst PT beim Kauf eines Wirtschaftsgutes die Liquidität zur Verfügung stellt. Die monatlichen Abschreibungen vermindern den Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen.

Die Rücklage für Abschreibungen in Höhe von 8,2 Mio. Euro (Vorjahr 5,7 Mio. Euro) erhöhte sich um 2,5 Mio. Euro. Im Berichtsjahr war die Summe der Zugänge, darunter 2,3 Mio. Euro für das IT-Projekt „IV-PBeaKK 4.0“, höher als die Abschreibungen.

Zu D.

Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Zu D. I.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß § 73 Abs. 2 Satzung PBeaKK für die Zusatzversicherung und die AKEV nach den versicherungsmathematischen Gutachten vom 26. März 2018 zum 31. Dezember 2017 gebildet.

Die Deckungsrückstellung hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro	Veränderung Euro
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	215.267.751,00	221.072.577,00	-5.804.826,00
▪ Aufbaustufe	137.970.260,00	141.974.602,00	-4.004.342,00
▪ Ergänzungsstufe	163.106.399,00	167.298.116,00	-4.191.717,00
▪ Krankenhaustagegeldstufe	366.265.019,00	370.325.113,00	-4.060.094,00
▪ Pflagegeldstufe	85.358.870,00	71.580.071,00	13.778.799,00
▪ ISH-Stufe	4.329.401,00	3.547.654,00	781.747,00
AKEV	2.027.752,00	1.893.402,00	134.350,00
Gesamt Pos. D. I.	974.325.452,00	977.691.535,00	-3.366.083,00

Zu D. II.

Entwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Folgende Anteile entfallen auf die einzelnen Versicherungsbranche:

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	383.991.692,33	363.747.310,99	20.244.381,34
abzgl. Forderungen aus AMNOG-Rabatten	-832.740,90	-1.878.607,13	1.045.866,23
Bruttobetrag Grundversicherung	383.158.951,43	361.868.703,86	21.290.247,57
abzgl. Beihilfeanteil	-257.089.576,67	-241.014.788,64	-16.074.788,03
zzgl. Beihilfeanteil aus AMNOG-Rabatten	552.400,51	1.221.715,90	-669.315,39
Zwischensumme Grundversicherung	126.621.775,27	122.075.631,12	4.546.144,15
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	1.826.976,01	1.751.892,18	75.083,83
▪ Aufbaustufe	1.083.732,28	1.090.991,81	-7.259,53
▪ Ergänzungsstufe	6.106.417,49	5.678.636,19	427.781,30
▪ AKEV	63.714,48	322.542,60	-258.828,12
▪ Krankenhaustagegeldstufe	3.657.492,35	3.452.316,97	205.175,38
▪ Pflagegeldstufe	311.295,24	130.052,56	181.242,68
▪ ISH-Stufe	593.701,51	564.467,43	29.234,08
Zwischensumme	13.643.329,36	12.990.899,74	652.429,62
Zwischensumme Gesamt	140.265.104,63	135.066.530,86	5.198.573,77
Absetzung der Forderung aus Regressen	-960.243,10	-1.440.965,41	480.722,31
Rückstellung für Schadenregulierungskosten	2.837.619,60	2.989.688,55	-152.068,95
Gesamt Pos. D. II.	142.142.481,13	136.615.254,00	5.527.227,13

Zu E.

Entwicklung andere Rückstellungen

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro	Veränderung Euro
I. Rückstellungen für Pensionen	5.590.225,00	4.425.937,00	1.164.288,00
II. Sonstige Rückstellungen	4.995.247,94	2.378.219,64	2.617.028,30
Gesamt Pos. E	10.585.472,94	6.804.156,64	3.781.316,30

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	01.01.2017 Euro	Verbrauch Euro	Auflösung Euro	Zuführung Euro	Zinseffekt Euro	31.12.2017 Euro
I. Rückst. f. Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	4.425.937,00	4.987,10	38.398,90	464.588,00	743.086,00	5.590.225,00
II. Sonstige Rückstellungen						
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	362.893,06	69.951,72	279.941,34	275.020,46	0,00	288.020,46
Rückstellung für Verwaltungskostenbelastung ZV	0,00	0,00	0,00	2.370.700,00	0,00	2.370.700,00
Rückstellung für Resturlaub	467.488,78	467.488,78	0,00	477.644,16	0,00	477.644,16
Rückstellung für Dienstjubiläen	8.974,00	350,00	0,00	1.950,00	920,00	11.494,00
Rückstellung sonstige Personalk. (Gleitzzeit, Üstd.)	553.956,03	524.234,47	29.721,56	602.932,80	0,00	602.932,80
Rückstellung für Rechtskosten und Prozesse	337.112,72	81.990,26	57.925,23	112.500,00	0,00	309.697,23
Rückstellung für Interne Jahresabschlusskosten	37.000,00	37.000,00	0,00	37.000,00	0,00	37.000,00
Rückstellung für Jahresabschlussprüfung	115.000,00	82.110,00	32.890,00	115.000,00	0,00	115.000,00
Rückstellung für Archivierungskosten	495.795,05	46.436,00	0,00	0,00	11.400,24	460.759,29
Rückstellung für pauschale Gewährleistungsrisiken	0,00	0,00	0,00	322.000,00	0,00	322.000,00
	2.378.219,64	1.309.561,23	400.478,13	4.314.747,42	12.320,24	4.995.247,94
Gesamt	6.804.156,64	1.314.548,33	438.877,03	4.779.335,42	755.406,24	10.585.472,94

Zu F.

Entwicklung der anderen Verbindlichkeiten

Zu F. I. 1.

Andere Verbindlichkeiten – Versicherungsnehmer
Im Gesamtbetrag in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,3 Mio. Euro) werden im Wesentlichen stichtagsbedingte Verbindlichkeiten aus der Leistungsabrechnung in Höhe von 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich im Berichtsjahr und Vorjahr um Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Zu F. I. 2.

Andere Verbindlichkeiten – Mitglieds- und Trägerunternehmen
Zum Stichtag ergeben sich Verbindlichkeiten aus den laufenden Beihilfeabrechnungen in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 10,4 Mio. Euro). Zum Jahresende musste die PBeaKK weniger Leistungsanträge als erwartet bearbeiten. Dies führte zu geringeren Zahlungen gegenüber Mitgliedern. Die Abschlagszahlungen waren höher als prognostiziert, sodass die PBeaKK an die Beihilfeträger für das Geschäftsjahr, wie auch im vergangenen Geschäftsjahr, eine Rückerstattung zu leisten hat.

Zu F. II.

Sonstige Verbindlichkeiten
Unter diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Leistungsabrechnung an Dritte in Höhe von 4,8 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,5 Mio. Euro) ausgewiesen.

Zu G.

Rechnungsabgrenzungsposten
Unter diesem Posten werden Geldeingänge in Höhe von 0,03 Mio. Euro (Vorjahr: 0,03 Mio. Euro) passiv abgegrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtergebnis)

Zu I.

Versicherungstechnische Rechnung

Zu I. 1.

Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2017 Euro	2016 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	844.113.535,64	832.758.415,52	11.355.120,12
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	6.081.998,33	6.241.432,57	-159.434,24
▪ Aufbaustufe	1.859.621,24	1.934.555,89	-74.934,65
▪ Ergänzungsstufe	68.256.419,15	69.511.590,27	-1.255.171,12
▪ Krankenhaustagegeldstufe	19.178.830,88	19.307.704,39	-128.873,51
▪ Pflagestagegeldstufe	17.760.253,08	16.850.568,11	909.684,97
▪ ISH-Stufe	16.552.740,80	16.529.184,47	23.556,33
AKEV	1.373.986,39	1.400.761,13	-26.774,74
Zwischensumme	131.063.849,87	131.775.796,83	-711.946,96
Gesamt	975.177.385,51	964.534.212,35	10.643.173,16

Es handelt sich ausschließlich um Einzelversicherungen. Gruppenversicherungen sind nicht vorhanden.

Zu I. 2.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich aus laufenden Zinsen, Ausschüttungen sowie Aufwendungen aus der Amortisation zusammen. Die Erträge werden grundsätzlich in Erträge aus anderen Kapitalanlagen und Erträge aus dem Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung untergliedert.

Zu I. 3.

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um die planmäßigen Zuschüsse der Postnachfolgeunternehmen entsprechend § 69 Abs. 4 Satzung PBeaKK in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,1 Mio. Euro) und um den von den Mitgliedern finanzierten Ausgleichszuschlag i. S. d. § 28 der Satzung in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro).

Zu I. 4.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle handelt es sich um Leistungsausgaben für eigene Rechnung abzüglich der laufenden Beihilfe und Beihilfepauschale in Höhe von 917,9 Mio. Euro (Vorjahr: 930,4 Mio. Euro). Zusätzlich wird die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesen. Die Rückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 um 5,2 Mio. Euro.

Zu I. 7.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 23,7 Mio. Euro (Vorjahr: 21,5 Mio. Euro) umfassen zum einen die Verwaltungskosten i. S. d. BAPostG für die Zusatzversicherung und AKEV in Höhe von 21,6 Mio. Euro (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro), die vollständig von den Versicherten getragen werden. Zum anderen werden in diesem Posten die Verwaltungskosten i. S. d. BAPostG für die Grundversicherung in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) ausgewiesen, soweit diese nicht von der BAnst PT getragen werden (Ausgleichszuschlag gemäß § 28 Satzung).

Zu II.

Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu II. 1.

Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen den Gestaltungsertrag in Höhe von 81,4 Mio. Euro (Vorjahr: 82,2 Mio. Euro). Davon entfallen auf die Grundversicherung 69,4 Mio. Euro (Vorjahr: 69,8 Mio. Euro) und 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 9,8 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung/AKEV sowie für die Beihilfebearbeitung für Nichtversicherte 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro).

Der Gestaltungsertrag resultiert aus einer Verrechnung von Personal- und Sachkosten zwischen der PBeaKK und der BAnst PT und korrespondiert mit einem gleich hohen Gestaltungsaufwand unter der Position sonstige Aufwendungen.

Zu II. 2.

Sonstige Aufwendungen

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen den Gestaltungsaufwand in Höhe von 81,4 Mio. Euro (Vorjahr: 82,2 Mio. Euro). Davon entfallen auf die Grundversicherung 69,4 Mio. Euro (Vorjahr: 69,8 Mio. Euro) und 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 9,8 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung/AKEV sowie für die Beihilfebearbeitung für Nichtversicherte 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,6 Mio. Euro).

Der Gestaltungsaufwand resultiert aus einer Verrechnung von Personal- und Sachkosten zwischen der PBeaKK und der BAnst PT und korrespondiert mit einem gleich hohen Gestaltungsertrag unter der Position sonstige Erträge.

Zu II. 11.

Bilanzgewinn

	Grund- versicherung	Zusatzversiche- rung und AKEV	Gesamt
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Jahresüberschuss 2017	66,0	37,1	103,1
Entnahme aus Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus Betriebsmitteln	1,8	0,0	1,8
Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,9	0,0	0,9
Einstellung in Betriebsmittel	0,0	37,1	37,1
Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn 2017	68,7	0,0	68,7

	Grund- versicherung	Zusatzversiche- rung und AKEV	Gesamt
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Jahresüberschuss 2016	48,4	37,2	85,6
Entnahme aus Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus Betriebsmitteln	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,0	0,0	0,0
Einstellung in Betriebsmittel	0,9	37,2	38,1
Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	0,4	0,0	0,4
Bilanzgewinn 2016	47,1	0,0	47,1

3.3.3 Sonstige Angaben**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von rd. 8,3 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 8,2 Mio. Euro), die aus Mietverpflichtungen aus bestehenden Mietverträgen resultieren. Davon entfallen rd. 2,9 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2018, rd. 2,3 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2019, rd. 1,5 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2020, rd. 1,3 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2021 und rd. 0,3 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2022.

Personalbestand

Im Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 1.007 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die PBeaKK tätig. Davon waren durchschnittlich 268 eigene Beschäftigte (256 Angestellte, 11 Azubis und DH-Studenten und 1 Praktikantin) sowie 739 in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost stehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die PBeaKK tätig.

Angabe in Personaleinheiten	2013	2014	2015	2016	2017
Angestellte	295	316	334	349	364
Beamteninnen und Beamte	684	649	619	617	590
Zugeordnete Kräfte	94	73	58	50	41
Auszubildende/DH-Studenten	29	31	27	18	11
Praktikantinnen/Praktikanten	2	2	—	1	1
Gesamt	1.104	1.071	1.038	1.035	1.007

Die Angaben der Personaleinheiten sind inkl. Vorstandsmitglieder, Kräfte in der aktiven Altersteilzeitphase, Kräfte in Elternzeit und in Urlaub ohne Bezüge/Vergütung angegeben. Teilzeitbeschäftigte wurden auf Vollzeit umgerechnet.

Sonstige Berichterstattung

Die PBeaKK nimmt die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch und verzichtet auf die Angabe über die Bezüge der Organe.

Gesamthonorar für Abschlussprüfer

Das für den Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar im Jahr 2017 (ohne Umsatzsteuer und ohne Auslagenersatz) beträgt für die

Abschlussprüfungsleistung	77.000 Euro
Andere Bestätigungsleistungen	8.000 Euro

Übersicht über die Mitgliedergruppen

Gruppe A
Beamte und Ruhestandsbeamte des einfachen Dienstes und deren Hinterbliebene

Gruppe B1
Beamte und Ruhestandsbeamte des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes und deren Hinterbliebene

Gruppe B2/B3
Versicherte ohne Beihilfeanspruch

Gruppe C
Frühere Angestellte mit Versorgungsrentenberechtigung bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost ohne Beihilfeanspruch

Gruppe E
Rechtskräftig geschiedene Ehegatten von Mitgliedern bzw. Partner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft ohne Beihilfeanspruch

Mitgliederstatistik (Stand: 31. Dezember 2017)

Grundversicherung

Mitgliedergruppe	Mitglieder		Mitversicherte		Summe	
	aktiv	ruhend	aktiv	ruhend	aktiv	ruhend
A	89.692	432	26.884	4.002	116.576	4.434
B1	226.871	748	88.153	9.743	315.024	10.491
B2	465	12	92	12	557	24
B3	1.233	14	292	44	1.525	58
C	305	0	80	0	385	0
E (Leistungsordnung A)	316	0	0	0	316	0
E (Leistungsordnung B)	131	0	0	0	131	0
Summe	319.013	1.206	115.501	13.801	434.514	15.007

Zusatzversicherung

Tarif	Versicherte Frauen und Männer	Versicherte Kinder	Gesamtzahl Versicherte	Abgeschlossene Schritte
Grundstufe	416.294	35.789	452.083	-
Aufbaustufe	238.568	674	239.242	-
Ergänzungsstufe ¹	370.398	27.193	397.591	716.053
Krankenhaustagegeldstufe ²	263.719	24.856	288.575	1.647.094
Pflegetagegeldstufe ³	34.715	-	34.715	63.308
ISH-Stufe	171.341	7.931	179.272	-

¹ maximal 2 Schritte je Versicherten möglich

² maximal 10 Schritte je Versicherten möglich

³ maximal 3 Schritte je Versicherten möglich; die Aufnahme von Kindern ist nicht möglich

Auslands-Krankenergänzungsversicherung

Tarif	Versicherte Frauen und Männer	Versicherte Kinder	Gesamtzahl Versicherte	Anzahl Einzelbeitrag	Anzahl Familienbeitrag ¹
Auslands-Krankenergänzungsversicherung	331.939	42.894	374.833	317.892	15.534

¹ entspricht folgenden Einzelbeiträgen: 2 x männliche/weibliche Versicherte und mindestens 1 x Kinder/Vollwaisen

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben sich keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung, die weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind.

Stuttgart, den 2. Mai 2018

Der Vorstand



Peter Reichelt

Dr. Oliver Russ

3.4 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Postbeamtenkrankenkasse, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Postbeamtenkrankenkasse, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Körperschaft des öffentlichen Rechts sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der

Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft des öffentlichen Rechts und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 3. Mai 2018

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
gez.



Thomas Volkmer
Wirtschaftsprüfer

Markus Oppel
Wirtschaftsprüfer

ANSCHRIFTEN

ANSCHRIFTEN

Stand: 31. Dezember 2017

Hauptverwaltung	Postanschrift	Hausanschrift	
Stuttgart	Postfach 30 08 66 70448 Stuttgart	Maybachstr. 54/56	70469 Stuttgart

Geschäftsstelle	Zentrale Postanschrift der Geschäftsstellen der PBeaKK	Hausanschrift	
	Postbeamtenkrankenkasse 70467 Stuttgart		

Berlin		Spichernstr. 2-3	10777 Berlin
Braunschweig		Weinbergweg 36	38106 Braunschweig
Bremen		Kurfürstenallee 130	28211 Bremen
Dortmund		Voßkuhle 38	44141 Dortmund
Düsseldorf		Grafenberger Allee 297	40237 Düsseldorf
Frankfurt		Trakehner Str. 5	60487 Frankfurt
Freiburg		Berliner Allee 3	79114 Freiburg
Hamburg		Hammerbrookstr. 5	20097 Hamburg
Hannover		Großer Kolonnenweg 23	30163 Hannover
Karlsruhe		Rüppurrer Str. 1 A	76137 Karlsruhe
Kiel		Eckernförder Str. 150	24116 Kiel
Koblenz		Am Wöllershof 12	56068 Koblenz
Köln		Innere Kanalstr. 15	50823 Köln
München		Landsberger Str. 314	80687 München
Münster		Roddestr. 12	48153 Münster
Nürnberg		Willy-Brandt-Platz 16	90402 Nürnberg
Regensburg		Friedenstr. 28	93053 Regensburg
Saarbrücken		St. Johanner Str. 49	66111 Saarbrücken
Stuttgart		Maybachstr. 54/56	70469 Stuttgart

IMPRESSUM

Postbeamtenkrankenkasse
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Hauptverwaltung
Maybachstraße 54/56
70469 Stuttgart
Telefon: 0711 13 56-0
E-Mail: uk@pbeakk.de
www.pbeakk.de

Druck:
Stoll Farbtreu Druckerei GmbH
An den Kiesgruben 18
73240 Wendlingen

Gestaltung:
Maren Dedek | PBeaKK